

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Postkiste ober deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Unsere Jahresbilanz.

Die Glocken, mit welchen das nun zur Rüste gehende Jahr eingeläutet wurde, haben dem deutschen Holzarbeitern wenig hoffnungsreich geklungen. Das gesamte Wirtschaftsleben litt an der vorigen Jahreswende schwer unter der Depression und speziell in der Holzindustrie hatte die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen, wie nie zuvor. Nicht weniger als 12 651 Kollegen, fast 9 Proz. der Verbandsmitglieder, waren am letzten Tage des Jahres 1908 arbeitslos, und wir standen unter dem niederdrückenden Gefühl, daß sich die Mitgliederziffer rückläufig bewegt. Der Mitgliederrückgang hatte allerdings nichts Beängstigendes an sich, er war lediglich durch die Wirtschaftskrise verursacht und hat er sich in viel engeren Grenzen gehalten, als vielfach befürchtet worden war. Immerhin hatten wir allen Anlaß, den Eintritt einer besseren Zeit herbeizusehnen.

Die ließ auch tatsächlich nicht lange auf sich warten. Mit Beginn des Jahres 1909 hatte die Krise den Tiefstand überschritten, allmählich machte sich eine Besserung bemerklich, und wenn wir auch jetzt noch nicht von einer Hochkonjunktur sprechen können, so deuten doch alle Anzeichen darauf hin, daß wir einer solchen entgegengehen. Um den Mut der Kollegen zu beleben, ist im Frühjahr eine umfassende Agitation veranstaltet worden, deren Wirkung durch den sich bessernden Geschäftsgang unterstützt wurde; feither ist unsere Mitgliederzahl in ständiger Steigerung begriffen. Von 144 259 Mitgliedern zu Beginn des Jahres 1909 sind wir zum 1. Oktober auf 151 406 angewachsen und wir haben damit den Höchststand, den wir jemals besaßen, nämlich 151 717 am Schlusse des Jahres 1906, nahezu erreicht. Da der Verband auch im vierten Quartal weitere Fortschritte gemacht hat, wird das Jahr 1909 voraussichtlich mit einer Mitgliederzahl abschließen, die höher ist als zu jedem früheren Zeitpunkt.

Kann uns auch die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1909 nicht voll befriedigen, weil wir im Interesse der deutschen Holzarbeiter einen noch viel stärkeren Zustrom der Kollegen zur Organisation gewünscht hätten, so tröstet uns die Tatsache einigermaßen, daß es überhaupt wieder vorwärts geht; hoffentlich wird dieser Vormarsch der Organisation nicht wieder gehemmt. Immerhin hat der Verlauf des Jahres 1909 denen Recht gegeben, die sich durch die trüben Aussichten, die sich bei seinem Beginn eröffneten, nicht beirren ließen, sondern trotzdem vertrauensvoll der Zukunft entgegen sahen. Zu diesen unverwundlichen Optimisten gehörte auch unser unvergeßlicher Kollege **Deinhardt**, der, obwohl schon zu Beginn des Jahres sterbenskrank, unermüdet im Dienste des Verbandes tätig war, und dessen Eifer und Zueversicht sich auf seiner Umgebung mitteilte. Deinhardts Tod war ein schwerer Verlust für unseren Verband und es geziemt sich, daß wir seiner in diesem Jahresrückblick besonders gedenken. Dabei wollen wir auch der großen Zahl der weniger bekannten Kollegen nicht vergessen, die im verflorenen Jahre gestorben, nachdem sie, jeder an seinem Platz, nach besten Kräften unserem Verbands ihre Kräfte geliehen. Ihr Andenken wird bei uns in Ehren gehalten werden.

Die Führung der Wirtschaftslage hatte zur Folge, daß unsere Lohnbewegung im Jahre 1909 wieder lebhafter wurde; die Streikkosten haben gegenüber dem Vorjahre eine beträchtliche Steigerung erfahren; wir können aber auch mit Befriedigung auf das Resultat der geführten Kämpfe zurückblicken. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, unseren Kollegen ungünstige Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Die Unternehmer an verschiedenen Orten glaubten, die Zeit des schlechten Geschäftsganges noch auszunutzen zu sollen, um Verschlechterungen durchzudrücken; diese Versuche konnten aber durchweg abge schlagen werden. Zu Beginn des Jahres waren unsere **Bremer** Kollegen ausgesperrt. Kurz vor Weihnachten hatten die dortigen Unternehmer die schon wiederholt angeordnete Aussperrung zur Tat gemacht, aber ein böses Fiasko erlebt. Ein erheblicher Teil der Arbeitgeber versagte dem Schutzverband die Gefolgschaft, und bald nach Neujahr konnte die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden, nachdem das angeordnete Schiedsgericht den Arbeitern in der Hauptsache Recht gegeben hatte. Und als später infolge des Einwirkens des Schutzverbandes dem definitiven Vertragsabschluß Schwierigkeiten bereitet wurden, gingen unsere Kollegen auch aus diesem Konflikt als Sieger hervor. Nicht minder günstig haben unsere Kollegen bei einer Reihe weiterer Lohnbewegungen abgeschnitten. In Süd-

westdeutschland haben sich die Differenzen fast das ganze Jahr hingezogen. Sie begannen mit der, von dem Sekretär des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes, **Dr. Reiner**, im Januar 1909 bewirkten Kündigung der Verträge in Ludwigshafen und Pforzheim. Wir haben damals, in Nr. 4 der „Holzarbeiter-Zeitung“, diese merkwürdigen Kündigungsschreiben abgedruckt und dabei bemerkt: „Der gute **Dr. Reiner** in Mannheim stellt sich die Sache offenbar sehr einfach vor; es bleibt aber abzuwarten, ob er nicht, wie weiland der Ritter **Don Quixote** geschunden und verbeult aus dem **Tourner** heimzieht, in welchem er Ruhm und Ehre zu gewinnen hoffte.“ Diese Voraussage hat sich buchstäblich erfüllt. Der berühmte „**Normaltarif**“ des Herrn **Dr. Reiner** hat schließlich ein ganz anderes Gesicht erhalten, als es ihm sein Vater zugedacht hatte, und die südwestdeutschen Holzindustriellen mußten erkennen, daß ihnen ihr Sekretär eine ganz fatale Suppe eingerührt hatte.

Eine wenig beneidenswerte Rolle haben bei dem Handel die **Frankfurter** Unternehmer gespielt. Sie haben kräftig hinter den Kulissen geschoben und den Arbeitgebern in den übrigen südwestdeutschen Städten alle mögliche Unterstützung versprochen, in der Erwartung, daß auch sie von dem, ihrer Meinung nach unausbleiblichen Sieg derselben profitieren würden. Als unsere Kollegen in Frankfurt a. M. böshaft genug waren, nichts zu unternehmen, um der ihnen angedrohten Aussperrung zu entgehen, da war schließlich bei den Unternehmern **Holland** in Not. Die beschlossene Aussperrung, die nur in äußerst bescheidenem Umfange durchgeführt werden konnte, machte ihre Schwäche offenbar. Und bei dem Friedensschluß hatten sie auch die Zehne für die Nichtanerkennung des Leipziger Schiedsspruches vom Jahre 1908 mitzubezahlen. Auch die **Magdeburger** Unternehmer, die jenem Schiedsspruch die Anerkennung verweigert hatten, sahen sich, wenn auch erst nach langem, hartnäckigem Kampfe, genötigt, die schuldigen Zugeständnisse nebst Zinsen zu gewähren. Der zurzeit noch schwebende Kampf in **Ludwigshafen** ist ebenfalls auf die Nichtanerkennung des Leipziger Schiedsspruches durch die Unternehmer zurückzuführen. Daß überhaupt Kämpfe geführt werden müssen, um die Durchführung der Schiedssprüche zu erzwingen, deren Anerkennung von vornherein zugestanden war, wirft auf die Vertragstreue der Unternehmer ein bezeichnendes Licht.

In **Bayern** und **Sachsen** hat uns als Gegner der Holzgewerkschaft die **Langgewerbe** gegenüber, der gleichfalls versucht hatte, mit seiner Aussperrungstaktik die Holzarbeiter müde zu machen. Dort hätten es die Herren auch lieber gesehen, wenn die Arbeiter zum Streik gegriffen hätten, und sie ließen es an Provoaktionen nicht fehlen. Als sie sich dann doch genötigt sahen, die Aussperrung zu befehlen, wollte die Sache gar nicht recht klappen, und schließlich mußten die Herren vom Arbeitgeberverband, die anfangs sehr breitspurig aufgetreten waren, einen Frieden schließen, welcher einen glänzenden Erfolg für die Arbeiter bedeutet. Der im Ruhrgebiet erzielte Erfolg ist zu einem erheblichen Teil dem verständigen Zusammenwirken der beteiligten Arbeiterorganisationen zu danken. Der christliche Holzarbeiterverband hat bei jener Gelegenheit darauf verzichtet, Eigenbrödeli zu treiben, und der durch das vernünftige Zusammenarbeiten erzielte Erfolg wird hoffentlich nicht ohne Einfluß auf sein Verhalten bei künftigen Lohnbewegungen sein.

Von größeren Lohnkämpfen des Jahres 1909 ist noch der in **München** zu erwähnen. Hier handelte es sich um einen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung, der sich zwölf Wochen lang hinzog und zu einem vollen Siege unserer Kollegen führte, trotzdem der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe einen Beschluß seiner Generalversammlung entsprechend, dem **Münchener** Arbeitgeberverband die weitgehendste Unterstützung hatte zuteil werden lassen. — Außer den erwähnten Kämpfen ist noch eine große Zahl weiterer geführt worden, die wir hier im einzelnen nicht aufzählen können. Nicht alle waren im gleichen Maße erfolgreich, aber alles in allem genommen, können wir auf das Ergebnis unserer Lohnbewegungen im verflorenen Jahre mit Befriedigung zurückblicken. Der Tarifgedanke hat in der Holzindustrie weitere Fortschritte gemacht, und wenn wir auch im Jahre 1909 solche umfangreiche Tarifverhandlungen wie in den beiden vorausgegangenen Jahren nicht hatten, so sind uns doch im abgelaufenen Jahre eine Reihe von Verbesserungen zugute gekommen, die durch die früher abgeschlossenen Verträge vereinbart waren. Unser Verbandsvorstand war in der Lage, in der Nr. 6 der „Holz-

arbeiter-Zeitung“ eine Liste von 21 Orten zu veröffentlichen, in welchen nach Maßgabe der geltenden Verträge, am 12. Februar Arbeitszeitverkürzungen und Lohn erhöhungen in Kraft traten. Diese Tatsache, daß zu einer Zeit des schlimmsten wirtschaftlichen Niederganges erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft traten, ist von nicht zu unterschätzender agitatorischer Wirkung; sie dürfte manchen Kollegen, der der Vertragspolitik noch mit gemischten Gefühlen gegenüber stand, davon überzeugt haben, daß die Tarifverträge auch für die Arbeiter einen nicht gering zu veranschlagenden Wert besitzen.

Der Ablauf des Jahres 1909 findet uns aufs neue in einer umfangreichen Tarifbewegung, welche das Interesse des gesamten Verbandes in vollem Maße in Anspruch nimmt. Wie das Resultat dieser Bewegung sein wird, läßt sich nicht voraus sagen. Aber überblicken wir die Er rungenschaften, die uns das Jahr 1909 gebracht hat, dann dürfen wir den kommenden Dingen mit frohem Mut entgegen sehen. Trotz der trüben Aussichten, mit welchen das Jahr 1909 begann, haben sich die Verhältnisse fortwährend gebessert. Die Wirtschaftslage hebt sich, und je besser der Geschäftsgang, desto größer ist für uns die Aussicht auf den Abschluß günstiger Verträge. Wir wollen aber nicht zu früh jubeln; wir stehen erst am Anfang der Bewegung, die trotz aller guten Aussichten ein schlimmes Ende nehmen kann, wenn wir uns zu sehr in Sicherheit wiegen. Die Betrachtung der Vergangenheit schärft unsern Blick für die Erforschung der Zukunft. Und wenn wir über das verflorenen Jahre hinwegsehend, den Werdegang unserer Organisation betrachten, dann finden wir den Satz bestätigt, daß wir uns so leichter und sicherer Erfolge eringen, je gründlicher unsere Kampfbereitungen getroffen sind. Dieser Grundsatz soll auch in der schwebenden Tarifbewegung unser Leitstern sein.

Die Tarifverträge im Jahre 1908.

Mit der Erstarkung der wirtschaftlichen Organisationen im letzten Jahrzehnt haben auch die Korporativen Arbeitsverträge, eine Ausdehnung gewonnen, die sie heute mit Recht zum Gegenstand öffentlichen Interesses macht. Während eine lokale Lohnbewegung kaum über den Kreis der Berufszugehörigen oder die Grenzen des Ortes hinaus bekannt wird, sind die zentralen Tarifver handlungen, wie solche gegenwärtig in einigen großen Gewerben stattfinden, Ereignisse, die weite Kreise mit Spannung verfolgen. Gängt doch von dem Ausgange solcher Verhandlungen Krieg und Frieden für viele tau sende Erwerbstätiger ab und vor allem anderen auch deren künftige Existenzbedingungen. Der einzelne Arbeiter wird mehr und mehr beim Vertragsabschluß ausgeschaltet; Einfluß kann er nur gewinnen, wenn er sich „als dienend Glied dem Ganzen“, der Organisation anschließt, deren Einfluß auf den materiellen Inhalt des Tarifvertrages mit jedem Mitglied steigt oder fällt.

Das Reichsstatistische Amt sammelt und sichtet nun seit einigen Jahren alle abgeschlossenen Tarifverträge, um durch deren Zusammenstellung einen dauernden Überblick über Umfang und Inhalt der tariflichen Regelung des Arbeitsverhältnisses bieten zu können. Seit zwei Jahren verlangt das Amt außerdem am Jahreschlusse von den angeschlossenen Organisationen genaue Angaben über Zahl und Anfang der jeweils geltenden Verträge. Eine solche Statistik der Tarifverträge ist wohl des Schweißes der Edlen wert, doch darf man deren Schwierigkeiten keineswegs unterschätzen. Wohl läßt sich in einer Organisation bei genauer Registrierung die Zahl der neu abgeschlossenen wie der jeweils geltenden Verträge jederzeit feststellen, wenn alle Ortsgruppen den Neuaufschluß oder das Erlöschen eines Vertrages der Zentrale sofort melden. Schwieriger gestaltet sich aber die Feststellung des Geltungsbereiches eines jeden Vertrages. Die unterstellten Betriebe und Arbeiter sind ein stets wechselnder Faktor. Die Angaben der Gewerkschaften entsprechen in der Regel dem Stande zur Zeit des Vertragsabschlusses. Bei dem erklärlichen Bestreben, den Vertragsbestimmungen auch über den Kreis der eigentlichen Kontrahenten hinaus allgemein am Orte Geltung zu verschaffen, dürfte der wirkliche Umfang der tariflichen Regelung in den meisten Fällen höher als angegeben sein. Das trifft am meisten bei den schon mehrere Jahre laufenden Verträgen zu.

Das Reichsstatistische Amt berichtet nun in einer 44 Seiten starken Sonderbeilage zum Novemberheft des „Reichsarbeitsblattes“ über „Die Tarife“

Verträge im Jahre 1908. In einer Reihe Tabellen wird Umfang und Inhalt der im Jahre 1908 abgeschlossenen Tarifverträge zusammengestellt. Die Arbeit beginnt mit einem Kompliment an die Gewerkschaften, deren gewissenhaftes Sammeln das Amt den größten Teil des bearbeiteten Materials verdankt, nämlich 2252 gegen 343 von Arbeitgeberverbänden eingereichte Verträge. Diese letzteren sind denn auch nur zur Kontrolle verwandt, im übrigen ist die Arbeit ganz auf ersteren aufgebaut.

Die Herkunft der Verträge aus der Holzindustrie zeigt die nachfolgende Tabelle:

	1908 abgeschlossene Tarife			Bestand am 31. Dez. 08		
	Tarife	Betriebe	Personen	Tarife	Betriebe	Personen
Von Arbeitnehmer-Verbänden:						
Deutscher Holzarbeiterverband	95	2890	21855	453	10267	85699
Bereinigter d. Kleinst- u. Pinselmacher Deutschlands	—	—	—	4	62	100
Zentralverb. d. Holzarbeiter Deutschlands	26	1561	10879	98	3675	26030
Von Arbeitgeber-Verbänden:						
Arbeitgeber-Schutzverband für d. Deutsche Holzgewerbe, Berlin	18	637	8262	83	4189	4643
Schlichter- u. Zwangsamtung Dörfel	—	—	—	1	302	800
Schlichter- u. Zwangsamtung Dörfel	1	76	108	1	70	108
Schlichter- u. Zwangsamtung Dörfel	—	—	—	1	89	189
Arbeitgeber-Schutzverband für d. Holzgewerbe in Bayern u. d. Rh., Nürnberg	4	42	237	4	42	237

Der erste Blick zeigt hierbei die dominierende Stellung der beiden großen Organisationen im Holzgewerbe: des Arbeitgeber-Schutzverbandes und des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Ein Vergleich der Zahlen des Schutzverbandes mit den unserigen beweist freilich auch, daß dieser keineswegs unser einziger Vertragspartner ist.

Auf Arbeitnehmerseite erscheint allerdings auch die christliche Organisation mit einer Anzahl Verträgen, doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß der ganze christliche Verband Ende 1908 nur 10 849 Mitglieder zählte, während als Bestand an gleicher Zeit Verträge für 26 930 Personen angegeben werden. Dies erklärt sich daraus, daß auch in den Fällen, wo derselbe nur Mitkontrahent ist, alle unter den Vertrag fallenden Personen gezählt werden. So ist beispielsweise im Jahre 1908 der christliche Verband nur in 5 Fällen mit 726 Personen alleiniger Vertragschließender, während das Gleiche bei unserem Verband 73mal mit 12 356 Personen zutrifft. Der Hirsch-Dunkersche Gewerbeverein hat Verträge überhaupt nicht eingeleistet!

Das Statistische Amt hat die doppelt eingelieferten Tarifverträge ausgehakt und ergibt sich sodann, daß im Jahre 1908 im Holzgewerbe 105 Tarifgemeinschaften eingegangen wurden, welche die Verhältnisse für 3307 Betriebe mit 25 078 Beschäftigten regeln. In allen Berufsgruppen sind 1973 Verträge für 40 068 Betriebe mit 396 816 Arbeitern im Berichtsjahre vereinbart.

Ueber diese aus dem Jahre 1908 stammenden Tarifgemeinschaften seien nachstehend einige Angaben gemacht.

Der Zeitpunkt des Abschlusses fällt bei den meisten Verträgen in die Frühjahr- und Sommermonate, am häufigsten auf April und Mai. Die Dauer der Verträge erstreckt sich in der Regel auf ein bis drei Jahre, nur in 42 Fällen ist eine längere Zeit vorgesehen. Das Bild zeigt auch die Holzindustrie. Von 11 Verträgen, die überhaupt Bestimmungen hierüber enthalten, gelten 9 bis zu 1 Jahr, 30 über 1 bis zu 2 Jahren, dagegen 52 über 2 bis zu 3 Jahren, und nur ein Tarifvertrag 4 Jahre, nämlich derjenige der Wagner in München.

In Wirklichkeit ist die Geltungsdauer aber vielfach länger, als im Vertrag vorgesehen. Die meisten neueren Tarifverträge enthalten Bestimmungen, wonach sie ohne weiteres ein Jahr länger gelten, wenn nicht vorher gekündigt wird. Als Kündigungsfrist hat sich allgemein eine Zeit von 1 bis 3 Monaten eingebürgert, in der Holzindustrie haben 51 Verträge eine solche von 3 Monaten, welche Frist für alle Verträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband vereinbart ist. Abweichende Bestimmungen hat das Baugewerbe, dessen Verträge in vielen Fällen ohne jede Kündigung ablaufen, so die nächste Serie am 31. März 1910, dafür ist aber bestimmt, daß die Parteien 4 Monate vor Ablauf Unterhandlungen über Erneuerung oder Fortdauer der Verträge beginnen müssen.

Da die Verträge vielfach eine staffelweise Verkürzung der Arbeitszeit vorsehen, hat das Statistische Amt seiner Arbeit die kürzeste unter dem Vertrag zu erreichende Arbeitszeit zugrunde gelegt. Ein Bild hierüber gibt die folgende Zusammenstellung über die Arbeitszeit nach den 1908 abgeschlossenen Verträgen

Wochenstunden	Holzindustrie			Alle Berufe zusamm.		
	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen
unter 48	—	—	—	7	157	1 216
über 48 bis 50	1	15	240	32	812	7 122
" 50 " 54	27	2 198	16 125	276	10 887	110 015
" 54 " 58	40	692	6 027	314	6 874	46 227
" 58 " 60	25	192	1 070	978	16 719	198 096
" 60 "	2	18	110	178	2 646	12 809

An der hohen Zahl in der Gruppe 58 bis 60 Stunden sind allein die Bauberufe mit 152 687 Personen beteiligt. Diese haben aber dafür im Winter eine durch die Natur der Sache gebotene bedeutend kürzere Arbeitszeit.

Bezüglich der Lohnformen kennen die umfangreichsten Tarifgemeinschaften, nämlich 915 für 301 704 Personen, Zeit- und Akkordlohn nebeneinander, während 914 mit nur 75 960 Personen lediglich von Zeitlohn sprechen. In der Holzindustrie lassen 87 Verträge mit 23 273 Personen beide Lohnformen zu, während nur 15 mit 1377 Personen sich auf den Zeitlohn beschränken.

Der Anschein deutet darauf hin, daß die Akkordarbeit an Ausbreitung gewinnt. Wo die Gewerkschaften stark genug waren, haben sie aber vermocht, die Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeit zu erreichen. Die Statistik zählt hierzu 189 Tarifgemeinschaften mit 53 501 Arbeitern auf, von denen 20 mit 8393 Arbeitern auf die Holzindustrie entfallen. Allerdings ist außerdem in einer Reihe nicht besonders gezählter Fälle durch Festlegung eines Akkordtarifes oder durch Lohngarantie bei Anfertigung neuer Muster eine gewisse Stetigkeit des Verdienstes gesichert.

Bezüglich des Zeitlohnes stellt die Statistik bei der Verschiedenartigkeit nach Durchschnitts-, Mindest-, Normal-, Leistungslohn usw. lediglich den niedrigsten Vertragslohn fest. Dieser schwankt zwischen unter 25 Pf. und über 75 Pf. für gelehrte männliche Arbeiter und beträgt in den meisten Fällen zwischen 35 und 45 Pf. pro Stunde, so in der Holzindustrie für 12 243 Personen, außerdem aber hier für 7295 Personen 46 bis 55 Pf. und für 1678 Personen 56 bis 65 Pf. Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Industriegruppen lassen sich blühende Schlüsse aus der vertraglichen Lohnhöhe allein nicht ziehen.

Mehr interessieren schon die Aufschläge für Ueberstunden. An sich ist eine Verringerung der Ueberstunden zu wünschen, da sie doch eigentlich eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bedeuten. Aufgabe der Gewerkschaften ist, sie auf das unabweisbare Maß zurückzuführen. Solange die Stärke der Organisationen das nicht voll ermöglichen kann, sind möglichst hohe Aufschläge geeignet, den Unternehmer von der Forderung von Ueberstunden abzuhalten, weil letztere ihm dadurch unrentabel werden. Wir finden denn auch in 1572 von allen 1973 Tarifen, in der Holzindustrie in 78 von 105, solche Lohnaufschläge vorgesehen. Diese Aufschläge bewegen sich bei männlichen Arbeitern in der Regel zwischen 10 und 20 Pf. pro Stunde oder 20 und 50 Proz. des Lohnes.

Die besonderen Angaben über die Entlohnung der Arbeiterinnen sind in den Verträgen so spärlich, daß sich an dieser Stelle eine Besprechung erübrigt.

Für die Mehrzahl aller Tarifgemeinschaften, nämlich 1154 von 1973, sind Schlichtungs- und Einigungsorgane vorgesehen. In der Holzindustrie enthalten alle wichtigeren Verträge diesbezügliche Bestimmungen, so allein 59 von den der vorliegenden Arbeit zugrundeliegenden 105 neuen Tarifgemeinschaften des Jahres 1908. Die auf dem Leipziger Schiedsgericht basierenden Verträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband behandeln diese Materie fast sämtlich in gleichem Wortlaut. Danach sollen den zu bildenden Schlichtungskommissionen alle Streitigkeiten im Gewerbe, die zu Streiks oder Aussperrungen führen könnten, zunächst unterbreitet werden und können imigentlich die obersten Zentralverbände zu einer Untersuchung herangezogen werden. Eine solche Untersuchung mag auch in der Holzindustrie in einzelnen Fällen zu schlichten, so wäre es doch irrig, nur jede ernstliche Differenz damit als unmöglich zu betrachten. Die Praxis hat uns leider mehrfach gezeigt, daß auch mitunter noch den Schlichtungskommissionen hier mal der gute Wille, dort mal der nötige Einfluß fehlt, um eine lokale Auslegung des Vertrages durchsetzen zu können. Wir erinnern hierbei nur daran, welche Schwierigkeiten in Berlin im Februar 1909 die vertragsmäßige Verkürzung der Arbeitszeit um eine Wochenstunde, welche die Unternehmer durch Einführung einer Wesperrpause umgehen wollten, trotz der Schlichtungskommission machte.

Das Statistische Amt hat schließlich versucht, festzustellen, welche Betriebsgrößen (Handwerk oder Fabrik) am meisten von Tarifverträgen erfasst worden sind. Hierbei wird berechnet, daß auf eine Tarifgemeinschaft durchschnittlich 20,3 Betriebe und 201,1 Personen oder pro Betrieb 9,9 Personen, in der Holzindustrie 31,5 Betriebe mit 238,8 Personen oder pro Betrieb 7,6 Personen entfallen. Es erscheint uns zu gewagt, ohne genaue Kenntnis der einzelnen Verhältnisse Folgerungen aus solchen Gesamtdurchschnitten zu ziehen, da hierbei die Großbetriebe immer in der Menge der Kleinbetriebe untertauchen werden. Eine Trennung der Betriebsgrößen schon bei der Aufnahme des Materials dürfte aber vorläufig noch an den technischen Schwierigkeiten scheitern.

Zunächst der Holzindustrie dagegen wissen wir, daß in der Regel sowohl Groß- wie Kleinbetriebe in den Geltungsbereich der Verträge einbezogen sind. Eine Ausnahme hiervon macht seither wohl nur die Musikinstrumentenindustrie, was seine Ursache in der oft noch recht mangelhaften Organisation der in Frage kommenden Arbeiter haben dürfte. Wenn außerdem z. B. in der Wurstindustrie einige Großbetriebe abseits stehen, wie in Schönheide, so liegt dies daran, daß diese ihre Stütze in der unorganisierten Heimindustrie haben. Jedenfalls kann man mit Recht sagen, daß in der Holzindustrie die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse dank einer guten Organisation ständig an Boden gewinnt.

Die folgende Tabelle zeigt uns, wie sich die im Jahre 1908 abgeschlossenen und die Ende 1908 bestehenden Tarifgemeinschaften auf die einzelnen Branchen des Verbandes verteilen. Wir bemerken dazu, daß die letzten drei Spalten mangels amtlicher Angaben unserer Verbandsnachweisen entnommen ist. Das hat zur Folge, daß die Schlussziffer hinter der amtlichen zurückbleibt.

Berufsarten	1908 abgeschlossen			Ende 1908 bestehend		
	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen	Tarifgemeinschaften	Betriebe	Personen
XII. Industrie der Holz- und Holzstoffe	105	3307	25078	453	10267	85699
Fischer	59	2981	20573			
Fischer und Säger	1	10	76			
Möbelfabrikarbeiter	3	35	156			
Planosorenarbeiter	2	2	263			
Stuhlfabrikarbeiter	1	15	528			
Schneidwerk	1	6	58			
Stuhlfabrikarbeiter	4	19	245	339	9410	77947
Wagenfabrikarbeiter in Parkettfabriken	1	2	65			
Uhrgehäusefabrikarbeiter	3	3	197			
Drechsler	2	18	64			
Knopffabrikarbeiter	1	1	37	21	114	1200
Stofffabrikarbeiter	2	16	349			
Kammachere	1	1	121			
Büchsenmacher	4	39	150			
Büchsenbohrer	1	1	6	21	110	2309
Büchsenfabrikarbeiter	2	4	38			
Stellmacher und Wagenfabrikarbeiter	4	25	78	23	342	1881
Formmacher	5	22	105	26	128	673
Korbmacher	2	20	126	5	65	417
Vergoldere	1	1	176			
Wasserdampfabrikarbeiter	1	1	19			
Turbinenfabrikarbeiter	1	1	12	16	95	1418
Holzverleimungsarbeiter	2	3	26			
Tapetierere	1	70	130			
Schneidwerk, Zuschneider, Näherinnen, Hilfsarbeiterinnen	1	1	70			

Von dem Umfang, den die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse heute bereits angenommen hat, gibt die nachfolgende Tabelle ein Bild. Hierbei sind die geltenden Tarifverträge am Schlusse des Jahres 1908 den Zahlen der Betriebsstatistik von 1907 gegenübergestellt:

Gewerbegruppen	Bestand der Tarifverträge am 31. Dezember 1908			Zahl der nach der gewerblichen Betriebsstatistik am 12. Juni 1907 beschäftigten Personen		Die Zahl der in Spalte 4 nachgewiesenen, von der Tarifstatistik erfaßten Personen am 31. Dezember 1908 beträgt in %	
	Tarife	Betriebe	Personen	überhaupt	darunter männlich	zu Sp. 6	zu Sp. 6
1	2	3	4	5	6	7	8
Kunst- und Handwerksindustrie	5	52	287	119758	86146	0,2	0,3
Industrie der Steine und Erden	495	3575	82039	770663	686185	4,2	4,8
Metallbearbeitung und Industrie der Maschinen usw.	587	12961	104197	2057802	1920310	5,1	5,1
Textilindustrie	24	184	10732	1088230	529899	1,0	2,0
Papierindustrie	67	1496	18187	230925	161489	7,9	12,0
Lebensmittelindustrie	135	2415	15882	208978	181601	7,7	8,7
Tabak- u. Holz- u. Holzstoffindustrie	557	13996	112839	771059	707601	14,6	15,9
Industrie der Rohstoffe	176	174	1081	20005	194394	5,1	7,0
Industrie der Chemikalien	3	11	11	11	11	7,1	18,5
Industrie der Eisen- u. Stahlwerke	3	10	10	10	10	0,4	0,8
Baugewerbe	269	245	1201	15000	16000	27,1	27,1
Post- u. Fernsprechanstalten	73	85	7539	26882	102001	16,5	16,5
Handelsgewerbe	98	973	20829	208334	127179	1,3	2,1
Verkehrsgewerbe	300	2614	21055	40104	390638	5,2	5,4
Gast- und Schankwirtschaft	18	188	1010	808603	315245	0,1	0,3
Sonstiges	181	629	28611	—	—	—	—
Summe	5671	120401	1026435	—	—	—	—

Die letzte Spalte geht von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiterinnen eines Betriebes in der Regel nicht unter den Tarif fallen, was für die Holzindustrie allerdings nicht zutreffend sein dürfte. Bei der Beurteilung des Prozentverhältnisses der tarifierten zu den überhaupt vorhandenen Berufsangehörigen ist jedoch zu beachten, daß die Gruppe XII der Betriebsstatistik sich nicht genau mit dem für unseren Verband in Betracht kommenden Arbeitsgebiet deckt. Die Einzelnachweise der Betriebsstatistik, die allein einen zuverlässigen Vergleich ermöglichen würden, stehen uns aber leider noch nicht zur Verfügung.

Die schwebenden Tarifverhandlungen in der Holzindustrie lenken berechtigterweise weit über den Kreis der zunächst Beteiligten hinaus das öffentliche Interesse auf diese Materie. Mögen sich darum alle Verbandsmitglieder in diesem wichtigen Augenblick bewußt sein, daß wohl die neuen Abschlüsse den Ring der Tarifverträge enger ziehen werden, daß es dabei aber viel von der inneren Stärke ihrer Organisation abhängen wird, ob dieser Ring für die deutschen Holzarbeiter eine Fessel oder einen Schutzwall bilden wird.

Die evangelischen Arbeitervereine.

In Verhältnis zu den umfassenden Bemühungen, die auf katholischer Seite zur Organisation der Arbeiter gemacht worden sind, ist auf evangelischer Seite recht wenig getan und erreicht worden. Dem katholischen Gesellenverein haben die Evangelischen nichts auch nur annähernd Ähnliches zur Seite zu stellen; die evangelischen Arbeitervereine sind nur ein schwaches, zerfahrenes Häufchen gegenüber den vielfach stärkeren und gut organisierten

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Urs-walde, Baugen (Waggonfabrik), Beuel bei Bonn (Stunstgewerbliche Holzindustrie), Höchst a. M., Langenberg, Neuß i. L., Lückenwalde, Neustadt a. Orla (August Tittelbach), Salzuflen, Schwenningen i. W. (Wöbelfabrik Lauffer), Sommerfeld, Warnemünde (Doff), Meran in Tirol, Schweden.
- Vorbürgern nach Bremen (Stolle), Corbetta (Saalbach), Halle a. S. (Saalbach), Stettin.
- Drechsler nach Lückenwalde.
- Stellmachern nach Baugen (Waggonfabrik).
- Polierern nach Lückenwalde.
- Partettlegern nach Berlin, Hannover (Norddeutsche Partettfabrik).

katholischen Arbeitervereinen; und sind die christlichen Gewerkschaften auch programmäßig interkonfessionell, sind an ihnen auch die Evangelischen beteiligt, so beides doch nur dem Namen nach, in Wirklichkeit sind die christlichen Gewerkschaften der Entstehung, dem Wesen, der Leitung und dem Mitgliederbestande nach, ultramontane Organisationen. Von den Jünglingsvereinen auf beiden Seiten wollen wir schweigen; in ihrem jetzigem Zustande sind es vorwiegend Erbauungsgemeinschaften, wenn auch deutlich zu erkennen ist, daß die katholischen Jünglingsvereine infolge der neuerdings von M.-Glabbach darauf verwandten Bemühungen zu größerer Bedeutung berufen sind als die evangelischen, die nach wie vor ihr Genüge finden im Rosaunenblasen und Hallelujasingen. Es bleiben auf evangelischer Seite allein die Arbeitervereine, die aber an Mitgliederzahl nicht den dritten Teil der katholischen Arbeitervereine und an Regsamkeit und Eifer für die von ihnen vertretenen Sache noch viel weniger ausmachen. Das alles hat seine Gründe in der größeren Geschlossenheit der katholischen Kirche, in der nach außen hin, dem Staat und der Gesellschaft gegenüber, freieren Stellung des katholischen Geistlichen, in dem von jeher regeren Organisationstrieb des Ultramontanismus und dem größeren Einfluß seines Klerus auf die Massen. In jeder dieser Beziehungen steht die evangelische Kirche und ihre Geistlichkeit zurück gegen die andere Konfession, und daher erklärt sich denn auch der an Zahl und Leistung geringere Stand der evangelischen Arbeitervereine.

Ursprünglich hatten die evangelischen Arbeitervereine, deren Gründung in den Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt, die Bestimmung, der ultramontanen Bewegung entgegenzuwirken. Zu jener Zeit war dem Unternehmertum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Heimat der evangelischen Arbeitervereine, nicht die Sozialdemokratie, sondern die Merkantil-demagogie der größere Feind. Die Sozialdemokratie hatte zu jener Zeit noch wenig zu bedeuten, aber das Zentrum und der von ihm begünstigte Kaplanssozialismus, der die Arbeiter als Wähler einfang und gelegentlich auch gegen das Kapital mobil machte, das war dem liberalen Unternehmertum der eigentliche Feind, und um diesem den Einfluß auf die Massen zu nehmen, gründeten sie die evangelischen Arbeitervereine, wobei sie sich der Hilfe der evangelischen Pastoren bedienten, die aus religiösen Gründen an der Sache beteiligt waren, da die Ultramontanen durch ihre Arbeitervereine auch Einfluß auf die protestantische Bevölkerung auszuüben begannen. So kam denn auf evangelischer Seite jenes sonderbare Gebilde zustande, das sich „Arbeiterverein“ nennt, das aber mit der Arbeiterbewegung nicht das mindeste zu tun hat: seine Ökonomie und Geldgeber sind Unternehmer, seine Leiter sind Geistliche, Lehrer oder Fabrikanten, und seine Mitglieder sind ein Gemisch von kleinen Beamten, Handwerkern und solchen Arbeitern, die sich beglückt fühlen, wenn ihnen der Herr Pastor die Hand drückt, wenn sie beim Lutherfest eine kräftige Rede wider die Könlinge hören, bei der Stiftungsfeier hinter der Vereinsfahne marschieren und bei der Wahl nationalliberal oder konservativ, je nachdem wie der zahlungsfähige Ökonomie des Vereins gesinnt ist, stimmen dürfen.

Später dann, als im bürgerlichen Lager die Sozialdemokratie, namentlich nach dem Falle des Sozialistengesetzes, als der größere Feind erkannt wurde, da mußten sich auf Geheiß ihrer weltlichen und geistlichen Führer auch die evangelischen Arbeitervereine der neuen Situation anpassen: Die Kulturkämpferei trat, ohne ganz aufzuhören, zurück und die Sozialistentöterei begann. Es gab jetzt zwei Feinde: das Zentrum und die Sozialdemokratie, der größere Feind aber sah im roten Lager. Dabei ist nun für die evangelischen Arbeitervereine nicht viel herausgekommen. Wie einsichtige evangelische Geistliche über das Wesen und die Aufgabe dieser Bewegung denken, zeigt Pastor Liebster in Leipzig, der in seiner Schrift „Kirche und Sozialdemokratie“ folgendes sagt: „Die evangelischen Arbeitervereine wirken in erster Linie verhängnisvoll. An ihrer guten Absicht, der Kirche zu dienen, zweifeln wir nicht. Es könnte auch sehr viel von ihrer Seite aus ge-

schehen. Sie könnten ein religiöser Sauerteig in der Masse der Sozialdemokratie werden. Aber sie verderben alles durch ihre törichte Politik. Zwar haben sie sich meist keinen bestimmten Parteien verschrieben. Aber unter der Parole Königsstreue wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie politisch geführt und bei Wahlen die Verhaltungsmaßregel gegeben: Wählt, wen ihr wollt, nur keinen Sozialdemokraten! Damit kasselt sich der ewangelische Arbeiterverein gegenüber der Masse des Arbeitervolkes regelrecht ein und wird zur Nonentkesselsache. Was aber noch viel schlimmer ist, er kompromittiert die Kirche aufs schwerste, indem er sie im Lichte der Parteilichkeit erscheinen läßt, als ob die Kirche die ewangelischen Arbeitervereine organisierte, um durch sie die Heerschar der Sozialdemokratie zu sprengen. Im Herzen manches Politikers mag diese Hoffnung bestehen; aber warum sollen ewangelische Vereine ein so falsches Bild der Kirche im Volke verbreiten? Das aber tun die ewangelischen Arbeitervereine, so lange sie trotz ihres Namens Politik treiben und politisch die Sozialdemokratie bekämpfen. Sie mögen sich doch nationale Arbeitervereine nennen, wenn sie den politischen Kampf für nötig halten. Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Die ewangelischen Arbeitervereine werden von der übrigen Arbeiterschaft als Pfahl im Fleische empfunden, den ihr die Kirche eingetrichtert hat. Der fanatische Haß vieler Sozialdemokraten gegen die Kirche wird auf diese Weise begreiflich; er ist nicht ganz unberechtigt. So würde sich jede andere Partei auch stellen, wenn sie von Vereinen im Namen der Kirche bekämpft würde. . . .“

Pfarrer Liebster wünscht, daß „sich die ewangelischen Arbeitervereine darauf besinnen, was für eine Verantwortung sie tragen, und daß sie keine künstliche Scheidewand zwischen Kirche und Volk aufrichten dürfen.“ Es ist nicht unsere Sache, die ewangelischen Arbeitervereine zugunsten der Kirche zu einer anderen Auffassung zu befehlen. Uns genügt es, an dem Urteil eines einsichtigen und selbständigen Mannes zu zeigen, wohin derartige im Unternehmerinteresse ausgeführten Absonderungen und Zerstückelungen der Arbeiter führen. Gegenwärtig schwanken denn die ewangelischen Arbeitervereine parteipolitisch und sozialpolitisch, je nach der Richtung und Stimmung ihrer geistlichen und weltlichen Ökonomie, hin und her. Im Süden sind sie mehr liberal, im Osten und Norden mehr konservativ und im Westen reihen sich die Nationalliberalen und die Christlichsozialen um sie. Die Stöckerleute machen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet große Anstrengungen, um in den ewangelischen Arbeitervereinen Einfluß zu gewinnen, deren Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen und auf diese Weise ihrem Paradies, das nicht leben und nicht sterben kann, einiges frisches Blut zuzuführen. Das widerspricht nun der Meinung der Nationalliberalen, denen die Annäherung der ewangelischen Arbeitervereine an die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht gefällt, da diese, wie man aus dem Urteil des Oberscharfmachers Kirdorf weiß, in Unternehmertreuen für noch schlimmere als die Sozialdemokraten gelten. Und so hat denn jüngst eine rege Korrespondenz zwischen nationalliberalen Führern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und dortigen ewangelischen Arbeitervereinen stattgefunden, worin auf die Gefahr hingewiesen wurde, die den Vereinen durch eine „Verbrüderung mit der ultramontanen Arbeiterbewegung“ erwachse; die Aufgabe der ewangelischen Arbeitervereine sei, eine „Kampfstellung gegen die Feinde des Vaterlandes und des ewangelischen Glaubens gegen die rote Schwärze“ einzunehmen und sich dem „Kampf der christlichen Tätigkeit, ob direkt oder indirekt“, fernzuhalten.

Mit anderen Worten: Die ewangelischen Arbeitervereine sollen sich weiterhin mit dem Feiern von Luther- und Königsgeburtstagsfesten, mit Choral-singen und Gurraschreien begnügen, sich an Predigten gegen den Unfortschritt und den Ultramontanismus erbauen und bei Wahlen hübsch nationalliberal stimmen. Das ist ihre Aufgabe, und was darüber geht, das ist vom Uebel! Wir wollen damit nicht sagen, daß es für ihre Sache und die Arbeiterbewegung besser steht, wenn die ewangelischen Arbeiter den christlichsozialen Lockungen folgen und den Anschluß an die christliche Gewerkschaftsbewegung finden. Uns genügt es, nachgewiesen zu haben, daß alle Bestrebungen der Arbeitervereine, die sich abseits von der großen Bewegung des klassenbewußten Proletariats vollziehen, notwendigerweise in den Sumpf führen und zum Schaden der gemeinsamen Sache ausschlagen müssen.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag hat nach einer kurzen Tagung seine Weihnachtsferien angetreten. Ein erheblicher Teil seiner Zeit wurde auf die Beratung von Interpellationen verwandt. So interessant die Diskussionen auch vielfach sind, die sich an die Interpellationen knüpfen, so bedingt leider die Geschäftsordnung des Reichstages, daß Interpellationsdebatten einen unmittelbaren praktischen Erfolg nicht zeitigen können. Die Stellung von Anträgen ist bei solchen Gelegenheiten nicht zulässig und deshalb ist es ausgeschlossen, daß durch eine Abstimmung die Ansicht des Reichstages zu dem in Frage stehenden Gegenstand befestigt wird. — Ueber die Interpellation betreffend die Unterschleife auf der Kieler Werft haben wir schon berichtet. Wichtiger noch als diese Interpellation waren die wegen des Arbeitsnachweises des Zechenber-

bandes im Ruhrrevier, die am 14. und 15. Dezember verhandelt wurden. Die Interpellation des Zentrums wurde von Sieverts, die sozialdemokratische von Bömelburg begründet. Beide Redner beleuchteten besonders an der Hand des über den Arbeitsnachweis der Scharfmacher in Mannheim bekannt gewordenen Materials die Gefährlichkeit dieser Maßregelungsbureaus und verlangten ein Eingreifen der Regierung zur Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise.

Davon will jedoch der Staatssekretär Delbrück nichts wissen. Ähnlich wie sein preussischer Kollege Sydow hat er sich von den Zechenbesitzern erzählen lassen, daß ihre Pläne ganz harmlos wären, und er glaubt ihnen selbstverständlich aufs Wort. Zum Ueberfluß hat er keine gesellschaftliche Bestimmung finden können, die ihn berechtigte, gegen den Arbeitsnachweis der Zechenbesitzer einzuschreiten. Vor dem am 17. März 1904 vom Reichsgericht gefällten Urteil, durch welches eine dem Verband Berliner Metall-industrieller angehörige Firma zum Schadenersatz verurteilt wurde, weil auf ihre Veranlassung für einen Arbeiter der Arbeitsnachweis gespart wurde, hat Herr Delbrück anscheinend nichts gehört. Das Reichsgericht hat damals anerkannt, daß die Beschränkung eines Arbeiters in der Verwertung seiner Arbeitskraft gegen die guten Sitten verstößt. Davon braucht natürlich der Staatssekretär nichts zu wissen; er könnte sich auch sonst sehr leicht das Mißfallen der mächtigen Scharfmacher zuziehen. Dagegen unterließ Herr Delbrück nicht, bei der Gelegenheit seinem Mitgefühl für arme Witwen Ausdruck zu geben. Wer nicht etwa für die hungernden Witwen der Arbeiter. Die sind der Fürsorge der Regierung nicht besonders würdig, deshalb wird auch deren Anspruch auf eine Unterstützung aus Reichsmitteln verweigert. Herr Delbrück interessiert sich mehr für die armen Witwen, die im Besitz von Zechenaktien sind und rühmt die Leiter der Bergwerksunternehmungen, welche auch die Interessen solcher Witwen wahrnehmen, wenn sie aus den Arbeitern einen möglichst hohen Mehrwert herausfinden.

Diese zarte Fürsorge für die armen, Bergwerksaktien besitzenden Witwen wurde von dem nationalsozialen Pfarrer Naumann in einer auch sonst recht beachtenswerten Rede hübsch beleuchtet. Diese Rede hat Herrn Delbrück so geschmerzt, daß er im Gegensaß zu ihr eine scharfe Anklagerede des Genossen Sachsse als objektiv und vornehm bezeichnete. Die Debatte zeigte im übrigen, daß jede Hoffnung auf ein Eingreifen der Regierung in der Frage des Zwangsarbeitsnachweises vergeblich ist. Selbstverständlich fand das ablehnende Verhalten des Staatssekretärs die volle Billigung der Scharfmacher im Lager der Konservativen sowohl als auch in dem der Nationalliberalen. Wo es gegen die Arbeiter geht, da ist der Streit, der noch eben zwischen diesen Parteien tobte, schnell verhasen. Die Zechenbesitzer werden nun ihren Arbeitsnachweis zum 1. Januar einführen. Der Streit, auf den sich die Herren vorbereitet haben, dürfte ja nicht sogleich ausbrechen, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben. —

Zwischen den Interpellationsdebatten fand die erste Lesung des Etats statt. Wie gewöhnlich bei den Etatsdebatten war auch diesmal von dem eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung, dem Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben des Reichs, wenig die Rede, dafür wurden aber eine ganze Reihe der verschiedenartigsten Thematata berührt. Eingeleitet wurde die Debatte mit einer Ueberschau. Man hatte erwartet, daß der Reichskanzler die Gelegenheit benützen werde, um sein Programm zu entwickeln. Statt dessen hielt v. Bethmann Hollweg eine viertelstündige inhaltslose Rede, in welcher er die Parteien zur Einigkeit mahnte, wofür er von der Linken gebührendermaßen ausgelacht wurde. Im Laufe der Debatte hat dann der Reichskanzler noch wiederholt das Wort genommen, ohne daß er jedoch imstande gewesen wäre, das Gefühl der Enttäuschung zu bannen, welches sein erstes Auftreten ausgelöst hatte. So hielt es Herr v. Bethmann Hollweg für notwendig, die früheren Könige von Preußen gegen den, von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann erhobenen Vorwurf des Wortbruches in Schutz zu nehmen. Diese Verteidigung der Vorfahren seines Herrn macht ja dem ersten Handlanger des gegenwärtigen Königs von Preußen alle Ehre, kann aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß frühere preussische Könige ihre in der Not dem Volke gegebenen Versprechungen nicht gehalten haben.

Das wichtigste Ergebnis der im ganzen ziemlich flach verlaufenen Etatsdebatte war der engere Zusammenschluß der Konservativen und des Zentrums, während die Nationalliberalen ein wenig Opposition markieren und sich gegenüber dem Liebeswerben von rechts vorläufig noch reserviert verhalten. Daß ihnen die Rolle, die sie gegenwärtig spielen, auf die Dauer zujagt, ist jedoch kaum anzunehmen. Es ist übrigens anzuerkennen, daß gerade von nationalliberaler Seite sehr kräftige Töne gegen die Leistungen der deutschen Diplomatie gefunden wurden, als vor der Staatsberatung der Handelsvertrag mit Portugal in erster Lesung beraten wurde. Der Regierung wurde nachgewiesen, daß sie sich zum Schaden der deutschen Industrie stark übers Ohr hat hauen lassen. Der Handelsvertrag wurde an eine Kommission verwiesen und es erscheint sehr zweifelhaft, ob er in der vorgelegten Form Annahme findet.

Die zweite Lesung des Nachtragsetats gab Veranlassung, sich über die Lage der in Folge der Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter zu unterhalten. Von den bewilligten 4 Millionen Unterstützungsgeldern hat die Regierung 2 Millionen in den Nachtrags-

etat eingestellt und die Budgetkommission beantragte, den Betrag auf 2 1/2 Millionen zu erhöhen. Bei der Beratung erhob der ultramontane Reichswähler Erzberger gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie gegen die Unterstützung der Tabakarbeiter gestimmt habe; mit der Aufrollung dieses Themas bereitete er jedoch dem Zentrum eine schwere Blamage. Bekanntlich ist die Unterstützung der durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos werdenden Arbeiter zuerst von den Sozialdemokraten beantragt worden. Als dieser Antrag mit Hilfe des Zentrums abgelehnt war, stimmten die Sozialdemokraten in der zweiten Lesung für den Zentrumsantrag, der eine Verwässerung des sozialdemokratischen Antrages war. Obwohl nur 12 Abgeordnete der Rechten gegen den Antrag gestimmt hatten, brachte der „Arbeiter“-Abgeordnete Giesberts in dritter Lesung einen neuen Antrag ein, der weitere Verschlechterungen, insbesondere die Beschränkung der Unterstützungssumme auf 4 Millionen Mark enthielt. Gegen diese Verschlechterung, die eine Verhöhnung der arbeitslosen Tabakarbeiter bedeutet, stimmten dann die Sozialdemokraten. Daraus wollte ihnen nun Erzberger einen Strich drehen, aber er fing sich in der eigenen Falle. In die Enge getrieben, erklärte Herr Erzberger, daß das Zentrum den Antrag auf Verschlechterung des Unterstützungsparagrafen eingebracht hat, um dem Tabaksteuergesetz zur Annahme zu verhelfen. Dieses Geständnis wird die christlichen Tabakarbeiter ganz besonders freuen. Dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum erschien die höhere Besteuerung des Tabaks so wichtig, daß es, um sie durchzusetzen, die armen Arbeiter um eine angemessene Entschädigung betrog. Fürwahr, das Zentrum ist wirklich eine „arbeiterfreundliche“ Partei!

Am 15. Dezember wurde der Reichstag vertagt. Die erste Sitzung nach den Ferien findet am 11. Januar statt, und zwar steht auf der Tagesordnung eine Interpellation über die mecklenburgische Verfassung und eine solche über die in Oberschlesien erfolgten Beamtenmaßregelungen wegen der Stimmabgabe für einen Polen.

Städtische Arbeitslosenversicherung. Seit etwa einem Jahre hat in Nürnberg ein hierzu eingesetzter Ausschuß die Frage einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung erwogen. Gutachten anderer Städte eingeholt und kam nun mit einem Entwurfe, der am 1. Januar 1910 in Kraft treten sollte. Danach sollte eine Verbindung des Berner Systems der Unterstützungsstellen mit eigenen Beiträgen der Arbeiter und des Genter Systems der Zuschüsse an die Gewerkschaften geschaffen werden. In der Plenarversammlung des Stadtmagistrats vom 10. Dezember erhoben aber plötzlich die freimüthigen Gemeinderäte Bedenken. Für sie sei die Frage noch nicht spruchreif, man habe keine Uebersicht über die Kosten und schließlich solle erst der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Gemeinderat plauderte schließlich aus der Schule, daß man die Arbeitslosenversicherung wegen der damit verbundenen Unterstützung der Gewerkschaftsmittglieder nicht wolle, ein anderer war wohl ein Freund dieser Versicherung, möchte sie aber auf den St. Nimmerleinstag vertagt wissen. In der Verteidigung der Vorlage blieb schließlich der sozialdemokratische Gemeinderat Treu allein. Der Entwurf wurde sodann bis zum 1. Oktober 1910 vertagt. Da eine einjährige Karenzzeit vorgesehen ist, so werden auch im nächsten Winter die Arbeitslosen noch auf sich selbst angewiesen sein. — In Augsburg laufen die Unternehmerorganisationen gegen eine vom Magistrat geplante Arbeitslosenversicherung Sturm. Jetzt hat nun auch die dortige Handelskammer ersucht, von dem Projekt Abstand zu nehmen. Begründet wurde die ablehnende Haltung der Handelskammer damit, daß eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit widerspreche, daß eine Arbeitslosenversicherung in erster Linie zur Förderung der sozialdemokratischen Gewerkschaften beitrage und daß die von der Gemeinde zu leistenden Zuschüsse in der Hauptsache von den Unternehmern aufgebracht würden. Bei dem Einflusse der Unternehmer auf die Gemeindeverwaltungen besteht leider auch hier wenig Hoffnung auf baldige Einführung einer genügenden Arbeitslosensicherung.

Staatliche Arbeitslosenversicherung in der Schweiz. Für den Bezirk des Kantons Genf hat der dortige Große Rat auf Antrag seiner sozialdemokratischen Mitglieder beschlossen, aus Mitteln des Kantons an die Gewerkschaften Zuschüsse in Höhe von 60 Proz. der von diesen gewährten Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Die Bezugsberechtigung auf diese staatliche Unterstützung erstreckt sich nur auf Arbeitslose, die mindestens seit einem Jahre im Kanton anfassig sind oder so lange einer anderen schweizerischen Arbeitslosenkasse als Mitglied angehört. Der Staatszuschuß wird jeweils bis zu 60 Tagen innerhalb eines Jahres gewährt. Die neue Einrichtung, die sich im übrigen an das Genter System anlehnt, ist zunächst auf die Dauer von zehn Jahren beschlossen und wird vorerst nur etwa 2000 Arbeiter einbezogen. Diese geringe Zahl dürfte sich daraus erklären, daß nicht alle im Kanton Genf vertretenen Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung gewähren.

Ein städtischer paritätischer Arbeitsnachweis wird am 3. Januar in Weimar seine Tätigkeit aufnehmen. Dieser übernimmt sodann die Arbeitsvermittlung für Arbeiter jeder Art, sowie die Vermittlung von Lehrstellen sowie von weiblichen und männlichen Diensthöten. Für die Arbeitssuchenden entstehen keine Kosten, Unternehmer zahlen für jede vermittelte Arbeitskraft 50 Pf. Die Vorarbeiten zur Einrichtung dieses Arbeitsnachweises erledigte eine Kommission, die aus Vertretern der Gewerkschaften, des Gewerbevereins und der Stadtverwaltung bestand.

Die Wahrheitsliebe der „Deutschen Arbeiterzeitung“ versagt selbst in nebenhändigen Dingen, wenn ihr eine Darstellung nicht in den Kram paßt. Berichtet da jüngst das Reichsstatistische Amt in einer Beilage zum Heft 11 des „Reichsarbeitsblatt“ über: „Die Tarifverträge im Jahre

1908“, welche Arbeit unsere Leser an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich gewürdigt finden. Ueber die Herkunft des bearbeiteten Materials heißt es im amtlichen Bericht wörtlich:

„Die Anzahl der von den Arbeitgebern eingereichten Tarifverträge für 1908 (343) war wie in den früheren Jahren im Verhältnis zu der Zahl der von den Arbeitnehmern eingereichten Tarifverträge (2252 im Jahre 1908) zu gering, um auf ihnen eine Statistik aufbauen zu können. Die Einsendungen der Arbeitgeber sind daher nur zur Kontrolle und Ergänzung des Arbeitnehmermaterials benutzt worden. Dem gleichen Zwecke dienen die von den Gewerbevereinigten eingereichten Tarifverträge. Die Statistik baut sich auf dem so kontrollierten und ergänzten Material der Arbeitnehmerverbände auf.“

Die „Arbeiterzeitung“ scheint sich nun aber anscheinend, in ihrem blinden Haß gegen die Gewerkschaften, die in den Worten liegende Anerkennung der Gewerkschaften wiederzugeben und verdreht deshalb diese Bemerkung in ihrer Nr. 51 in das Gegenteil wie folgt: „Das Statistische Amt bedient sich als Material und Unterlage für seine Untersuchungen über die Tarifvertragsfrage zwar in erster Linie der Berichte der Unternehmerverbände und der Gewerbevereinigten. Ergänzt werden dieselben durch Mitteilungen der Arbeiterorganisationen.“ Wie soll man jemanden in wichtigen Fragen trauen dürfen, der nicht mal in so kleinen Dingen ehrlich sein kann?

Im Hinblick auf unsere Tarifbewegung muß die Agitation für unsern Verband mit verdoppeltem Eifer betrieben werden!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltarifes erteilt, und zwar ab 1. Januar 1910: Ahrensburg 25 Pf. (hiervon 15 Pf. für die Hauptkasse), Beelitz 15 Pf., Bergedorf 30 Pf. (hiervon 10 Pf. für die Hauptkasse), Bonn 20 Pf., Düsseldorf 50 Pf., Elmshorn 30 Pf. (hiervon 20 Pf. für die Hauptkasse), Forst 20 Pf. (hiervon 10 Pf. für die Hauptkasse), Glöggau 10 Pf., Halle 25 Pf., Jüterburg 5 Pf., Königsberg 40 Pf., Leipzig 50 Pf. (hiervon 25 Pf. für die Hauptkasse), Loh 10 Pf., Marne 10 Pf., München 50 Pf. (hiervon 20 Pf. für die Hauptkasse), Neubrandenburg 10 Pf., Oldenburg 20 Pf. (hiervon 10 Pf. für die Hauptkasse), Ohrdruf 5 Pf., Sagan 5 Pf., Schweinfurt 10 Pf., Schwerin a./W. 25 Pf., Thorn 20 Pf., Wismar 20 Pf. (hiervon 10 Pf. für die Hauptkasse), Zwickau 10 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 52. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Mit dem 1. Januar soll eine Statistik der Unfälle an den Holzbearbeitungsmaschinen in unserem Verband eingeführt werden. Dementsprechende Fragebogen haben wir bereits an alle Zahlstellenverwalter geschickt. Von jedem von ihnen ist eine Kopie in einem Briefbuchman, das den Vorstand der Werkstatt oder ein Nebenkollege des Werkleuten sofort ein Meldeformular von der Zahlstellenverwaltung abzufordern und nach erfolgter genauer Ausfüllung wieder an dieselbe einzuliefern. Die ausgefüllten Formulare werden alsdann spätestens am jeweiligen Quartalschluß an uns eingesandt, worauf sie von uns bearbeitet und die Resultate in entsprechender Weise, natürlich ohne Namensnennung, veröffentlicht werden. Zur Beschaffung der nötigen Angaben über jeden Unfall rechnen wir besonders auf die tatkräftige Mithilfe der Maschinenarbeiter selbst.

Die Mitglieder in allen Zahlstellen machen wir auf den bevorstehenden Jahreschluß aufmerksam und erlauben uns rechtzeitige Zahlung der Beiträge, damit die Abrechnung für das vierte Quartal keine Verzögerung erleidet.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 66447 Paul Pfeiffer, Tischler, geb. 26. 6. 75 zu Burg.
- 131186 Gerhard Bister, Tischler, geb. 4. 4. 64 zu Emmerich.
- 199984 Friedrich Räder, Tischler, geb. 17. 4. 71 zu Hamburg.
- 246333 Christian Raubal, Tischler, geb. 10. 5. 79 zu Strunzhausen.
- 255458 Peter Höhl, Tischler, geb. 22. 6. 85 zu Griesheim.
- 305770 Johann Lindner, Tischler, geb. 14. 4. 80 zu Lengsdorf.
- 462351 Ernst Werner, Holzarbeiter, geb. 3. 1. 84 zu Melschwitz.
- 468615 Karl Urban, Tischler, geb. 1. 10. 90 zu Donn a. M.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.
Der Verbandsvorstand.

Agitation im Gau Danzig.

Im Auftrage des Vorstandes hielt ich in der Zeit vom 10. bis 14. Dezember in Stolp, Kolberg, Köslin, Elbing und Danzig Versammlungen mit dem Thema: „Der bevorstehende Lohnkampf im deutschen Holzgewerbe“

ab. Der Besuch dieser Versammlungen war in allen Orten ein guter. Stolp, Elbing und Danzig sind die Hochburgen des Hirsch-Dunderscher Gewerbevereins in Ostelbien. Erschienen waren Gewerbevereiner aber nur in Danzig, wo sich auch einige christlich organisierte eingefunden hatten. Der Verlauf der Versammlungen zeigte, daß die Kollegen unsere Tarifbewegungen mit Interesse verfolgen, und überall war nur die eine Meinung vertreten, daß, wenn es im nächsten Frühjahr zu einem Kampf kommen sollte, die deutschen Holzarbeiter Mann für Mann auf dem Posten sein werden, um den Kampf so durchzuführen, wie es im Interesse der Letztgiltigen Kollegen sowie im Interesse des ganzen Verbandes liegt. Die Kollegen in Köslin beschloßen deshalb, sobald es zum Kampf kommt, sofort einen Extrabeitrag von 20 Pf. pro Woche zu erheben. In Danzig wurde eine Resolution eingebracht, welche ein einiges Zusammenarbeiten aller Kollegen und als Ziel eine einheitliche, starke Organisation aller Holzarbeiter Deutschlands verlangt. Diefelbe wurde gegen eine Stimme angenommen. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß es auch in Ostelbien vorwärts geht, und wird auch diese Tour dazu beigetragen haben, die Kollegen aufzuklären und zu festigen.

F. r. König-Berlin.

Agitation im Gau Leipzig.

Meine Tour erstreckte sich über die Orte: Eilenburg, Zeitz, Schkeuditz, Gera, Schmöln, Altenburg, Reulencoda, Chemnitz, Zwickau und Grimnitzschau. Die Massenfindung der Verträge hat allerwärts neues, frisches Leben in die Zahlstellen unseres Verbandes gebracht, die Versammlungen waren durchweg recht gut besucht und fand ich auch überall recht aufmerksame Zuhörer bei der Erörterung des Themas: Krieg oder Frieden in der Holzindustrie. Die Vorgänge an den einzelnen Orten, wo die Verträge gekündigt worden sind, und auch die Haltung der Unternehmerorganisation werden von unseren Kollegen mit besonderem Interesse verfolgt. Wird der Arbeitgeber-Schutzverband in der Lage sein — so war unter Hinweis auf die Nichtanerkennung der Leipziger Schiedssprüche seitens mehrerer seiner Ortsgruppen und der Nichtbefolgung der Abmachungen zwischen den beiden Zentralvorständen durch die Unternehmer in Höchst erst in jüngster Zeit nun die allgemeine Frage — die große Verantwortung für die jetzige Bewegung auch tragen zu können? Daß von dem Verlauf dieser Bewegung viel abhängt, ob der Tarifgedanke neue Anhänger gewinnt und eine weitere Stärkung erfährt, darüber herrschte überall nur eine Meinung. Ebenso auch darüber, daß die Stärke unseres Verbandes noch immer mit darin bestanden hat, daß er auf alle Dinge gut vorbereitet war und ihm nichts Ueberraschendes gekommen ist, und daß dies nun auch für die kommende Zeit ganz besonders gelten werde. Mehrere dieser Zahlstellen sind darum bereits, durch Erhöhung des Beitrages für Stärkung der Finanzen zu sorgen, und andere werden damit bald folgen. Als selbstverständlich wurde weiter erachtet, daß die jetzige günstige Zeit zur Agitation nicht unbenutzt gelassen werden darf. Die nächsten Wochen und Monate müssen unserem Verbands eine ganz erhebliche Erhöhung der Mitgliederzahl bringen, das gelang aus allen Versammlungen. In zwei Versammlungen kam die Diskussion auch auf frühere Vorgänge; die Aussprache hierüber wird den Kollegen wohl gezeigt haben, daß bei allem das Gesamtinteresse des Verbandes im Auge behalten werden muß. W. Schneegäß-Berlin.

Korrespondenzen.

Amberg. Wie schwer der Fortschritt unserer Gewerkschaftsbewegung den Christen im Magen liegt, hat man hier in der Nacht von Sonntag, den 12. Dezember, auf Montag, den 13. Dezember, wieder erleben können. Es schien, als ob der Schreiner Johann Wagner, welcher bei einem Streit in der Carlisleisenfabrik bei Zwickau der gewaltigsten Verletzung durch einen treuen Hülfe seiner Verletzung, der Eisenwerkmaschinen vorzuziehen hätte. Er schimpfte auf der Straße nach echt christlicher Manier so lästerlich auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, daß man meinte, er wolle sie alle auffressen. Aber die roten Lumpen und Spitzhüben, die er auf einem Pfeifenkopf haben möchte, damit er sie schwarz anrauchen könnte, haben immer noch ihre rote Farbe und weichen in der Agitation, die sie bisher betrieben haben, nicht das geringste zurück, und auch aus Amberg sind sie nicht so leicht hinauszuschmeißen. Die verhasste rote Gewerkschaft nimmt ständig an Mitgliedern zu, obwohl die Christlichen gemeinsam mit dem Gelben im Kampfe gegen uns aufziehen. Die Verwaltung des christlichen Holzarbeiterverbandes hat damals, als Wagner den Streikbrecher machte, ein Schreiben an unsere Streikleitung gerichtet, in dem sie dessen Vorgehen mitbilligte und versprach, denselben aus dem Verbands auszuschließen. Später erklärte ein Verbandsmitglied, daß er schon aus der Riste gestiegen sei, obwohl er noch immer dem christlichen Holzarbeiterverband als Mitglied angehört. Aber unseren Kollegen möchten wir zurufen: Auf zur Agitation; auf zur Arbeit! Erscheint pünktlich in den Versammlungen, denn im Frühjahr läuft unser Tarif ab, bis dahin muß der letzte Mann unserem Verbands zugeführt sein, dann werden auch die paar christlichen Holzarbeiter zu der Ansicht kommen, daß es mit ihrer Streikbrecherzuchtzeit nicht so weitergehen kann. Zugleich möchten wir noch bemerken, daß am Sonntag, den 2. Januar, nachmittags um 3 Uhr, auf der Alm unsere Generalversammlung mit Jahresbericht und Neuwahl der Verwaltung stattfindet. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Dresden. Seit einiger Zeit herrscht in der photographischen Branche eine Krise, die zum Teil herbeigeführt ist durch Umgestaltung der Produktion, durch welche eine Menge Holzarbeiter überflüssig wurden, andererseits durch Ueberschwemmung des Marktes. Die im Sommer veranstaltete Ausstellung der photographischen Industrie scheint die Belebung des Marktes nicht gebracht zu haben, wie man von ihr erwartete. Die in einer Zeit der Hochkonjunktur hergestellten Maschinenbetriebe arbeiten ganz bedeutende Verriebsverluste, die bei mangelnder Beschäftigung um so schwerer aufzudringen sind. Während die Zahl der

Arbeiter wesentlich reduziert wurde, ist der Stab von Werksführern und sonstigen Beamten gleich geblieben und lastet nun mit doppelter Schwere auf das Betriebskonto. Durch die Verschmelzung zweier großer Betriebe ist der Konkurrenzkampf noch weiter verschärft worden; ein Umstand, der ebenfalls zu weiterer Preisdrückerei drängt. Besonders scharf entwickeln sich diese Zustände bei der Firma Grunemann. Die an sich schon niedrigen Marktpreise, die fast durchweg auf Massenproduktion eingestellt sind, die aber jetzt in Wegfall gekommen ist, erscheinen der Firma immer noch zu hoch. Angebote um 20-30 Proz. niedriger gehören nicht zur Seltenheit. Da sich die Kollegen derartige Abzüge nicht ruhig gefallen lassen, beginnt nun ein Feilschen und Handeln, das geradezu widerwärtig wird. Dringt dann der Kollege nach stundenlangem Feilschen mit feinem Angebot nicht durch, dann wird diese Prozedur mit der Betriebskommission fortgesetzt. Hat auch diese die Aussichtlosigkeit der weiteren Verhandlungen eingesehen und sie aufgegeben, so geht dieses Verfahren bei dem Kollegen wieder weiter, dem dann, will er nicht die äußersten Konsequenzen ziehen, nichts übrig bleibt, als schließlich das Versuchsfarnikel zu machen. Ein großer Teil der Kollegen hat deshalb schon dem Betriebe Valet gesagt. Die Manieren, die sich die Meister in letzter Zeit bei den Verhandlungen angewöhnt, haben bei den Kollegen eine Erbitterung hervorgerufen, die in einer Betriebsbesprechung recht drastisch zum Ausdruck kam. So hat sich in diesem Betriebe eine Menge Bündelstoff angesammelt, der bei ganz geringen Ursachen zu einem Brande entzündet werden kann, dessen Folgen auch für die Betriebsleitung nicht gleichgültig sein können. Die Kollegen der photographischen Branche im übrigen Deutschland werden daraus ersehen, unter welcher schwierigen Verhältnissen die Dresdener Kollegen zu ringen haben und wie notwendig eine Verständigung der gesamten Berufsangehörigen erscheint. Der Firma Grunemann und namentlich ihren Werksführern wollen wir aber empfehlen, den Vogen nicht zu straff zu spannen.

Düsseldorf. Auch die hiesige Zahlstelle hat am 14. Dezember in einer überfüllten Mitgliederversammlung zur Frage der Beitragserhöhung Stellung genommen. Kollege Hartung legte in dem einleitenden Referat den ganzen Ernst der Situation in der Holzindustrie dar, die herbeigeführt wurde durch die allseitige Kündigung der im Frühjahr ablaufenden Arbeitsverträge seitens der Unternehmer. In der Diskussion wurde von mehreren Kollegen betont, daß es eigentlich Pflicht der Gauborsteher und der Lokalverwaltung gewesen wäre, schon vor diesem Zeitpunkt vor die Mitglieder zu treten, damit schon früher zur Frage der Beitragserhöhung Stellung genommen werden können. Mit überwältigender Majorität stimmte die Versammlung alsdann einer Resolution zu, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß die Kollegen entschlossen sind, einen notwendig werdenden Kampf mit aller Energie durchzuführen und den Ausbau der Organisation nach Kräften zu fördern. Zur Stärkung des Kampffonds wird der Beitrag ab 1. Januar von 75 Pf. auf 1 Mk. pro Woche erhöht.

Wewelsberg. Der Verband hat hier noch ein großes Feld zu bearbeiten. Sind doch von circa 100 Holzarbeitern nur 32 Kollegen in unserem Verband organisiert. Leider sind die Kollegen nur sehr schlecht zur Versammlung zu bringen. Von diesen 32 Kollegen sind doch noch nicht einmal die Hälfte in der Versammlung. Ja, es kommt sogar vor, daß nur neun Kollegen anwesend sind. Kollegen! Diese teuren und eifrigen Zeiten sollten für die Kollegen ein Ansporn sein, dem Verbandsleben ein regeres Interesse entgegenzubringen. Kommt regelmäßig in die Versammlungen und helfe ein jeder mit agitierten, damit immer neue Mitglieder dem Verbandszugeführt werden. Wacht auf aus eurem Schlaf und laßt die persönlichen Streitigkeiten, denn nur durch Einigkeit können auch wir hier etwas erreichen. Am 8. Januar, abends 9 Uhr, findet beim Wirt Karl Buschmann, Rosendahl-Strasse, die Generalversammlung statt. Da dann auch die Neuwahl der Verwaltung stattfindet, wird um pünktlichen und vollzähligen Besuch gebeten.

Glückstadt. In der Dezemberversammlung sprach Kollege Pointel-Hamburg über „Die Situation in der Holzindustrie nach der Vertragskündigung“. Die Anwesenden sollten dem Redner ihren Dank durch eine rege Diskussion. Einstimmig beschloß man, sofort 100 Mark aus lokalen Mitteln dem Hauptvorstand zu überweisen und vom 1. Januar ab 10 Pf. Extrabeitrag pro Woche nach dort abzuführen. Die Kollegen Widdokind und Bremer besprachen noch die ungeheuren Summen, welche der Verband in Form von Kampfmitteln und sonstigen Unterstützungen seit der letzten Beitragserhöhung zum Segen seiner Mitglieder verwandt habe. Eine weitere Beitragserhöhung von 10 Pf. dürfte in Zukunft vermieden sein, zumal wir doch einer besseren Geschäftsperiode entgegengehen. Der Widerstand gegen eine Beitragserhöhung dürfte auf dem nächsten Verbandstag kein so großer werden, als auf dem letzten. Die Abrechnung wurde gutgeheißen und die alte Lokalverwaltung durch Klammation wiedergewählt. Unsere Zahlstelle ist von der jetzigen Krise stark mitgenommen worden; 33 Mitglieder dürfte unser geringster Stand je gewesen sein. Der Bleiteiler legte zwei Vaugeschäfte weg, manche andere Geschäfte haben noch den chronischen Dalles. Trotzdem gehört unsere Zahlstelle zum eiserne Bestände unseres Verbandes, deren Mitglieder erkannt haben, was der Holzarbeiterverband für ihr Lebensinteresse bedeutet. Die Gewerkschaftsidee, die Solidarität, wird hier eine bleibende Stätte haben.

Guben. (Vergolder.) Eine am 6. Dezember tagende Versammlung der Vergolder von Aders und Blumberg beschäftigte sich zum wiederholtenmale mit den Marktsagen und anderen Einrichtungen der Branche. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Ein Beweis, daß sie gewillt sind, endlich mal Hand ans Werk zu legen. In dem Sinne sprachen sich alle Anwesenden aus. Um nun erst mal mit den Witzhänden bei der Marktsage aufzuräumen, wurde eine aus 5 Kollegen bestehende Kommission eingesetzt. Diese soll mit der Firma die Preise festsetzen und ihr Augenmerk darauf richten, daß dieselben innewgehalten werden. Da die Firma des öfteren Innewerben machen läßt, sollen die Kollegen versuchen, diese mehr als

bisher zu vermeiden. Bedauert wird sehr, daß die Vergolder allerorts sich so wenig regen und die Berichte immer feiner werden. Es scheint, als ob das Interesse unserer Kollegen in Guben sich gehoben hätte. Nun wird es daran liegen, noch den letzten Mann unserer Organisation zuzuführen, den Gader beiseite zu lassen und gemeinschaftlich mitzuarbeiten. Dann erst wird der fortwährenden Verschlechterung ein Niegel vorgeschoben werden können.

Kelbra, Kyffh. In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung, der eine Hausagitation bei den uns noch fernstehenden Kollegen vorausgegangen war, referierte Kollege Rau-Vanterberg über das Thema: „Streik oder Tarifvertrag“. Die gut besuchte Versammlung folgte aufmerksam dem Redner und erklärte sich mit dessen Ausführungen, welche noch von einigen Kollegen ergänzt wurden, vollständig einverstanden. Da wir hier am Orte in unserer Perlmutterknopfabrik noch ohne Tarifvertrag arbeiten, sollten unsere Kollegen mit allen Kräften darauf hinarbeiten, um die Inorganisierten von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und sie alle dem Verbandszugezuführen. An der Hand der Statistik ist nachzuweisen, daß in unserem Orte von Deutschlands Knopfindustrie bei höchster Arbeitszeit die niedrigsten Löhne verdient werden. Kollegen, dies kann nicht so weiter gehen. Es sollten auch nicht Fälle eintreten, wie bei einer Firma, daß der Fabrikant eine Woche verzeiht und dessen Arbeiter während dieser Zeit ohne Beschäftigung sind. Natürlich sind die Kollegen sofort anderweitig in Arbeit getreten und lassen dem Fabrikanten zusehen, wo er zukünftig seine Knöpfe hergestell bekommt. Es wird auch fernerhin unsere Aufgabe sein müssen, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen und weiter zu agitieren, bis alle hiesigen Knopfabriker für den Verband gewonnen sind.

Rauf. (Drechsler.) In der Sektionsversammlung am 4. Dezember konnte konstatiert werden, daß unsere Organisation in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der Mitglieder ist auf 61 gestiegen, insbesondere sind erfreulicherweise endlich die ansässigen Kollegen der Döringischen Holzwarenfabrik sowie die Arbeiter der Firma Wohlgemacht im Dorfe Neumirchen a. S. für uns gewonnen worden. Bei letzterer Firma hat selbst die Entlassung eines Lohnkommissionsmitgliedes unseren Fortschritt nicht aufhalten können. Wären die Döringischen Arbeiter schon länger so gut organisiert gewesen, so hätten wir kürzlich beim Abschluß des Tarifvertrages noch besser abschneiden können. Trotz unserer Erfolge stehen uns immer noch eine Anzahl Kollegen fern. Diese zu gewinnen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Bei der Neuwahl der Sektionsleitung wurde mit dem Vorsitz wieder der Kollege Getterich betraut.

Jede Stärkung unseres Verbandes vermehrt unsern Einfluß und bewirkt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen!

Leipzig. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Zahlstelle, welche von über 2500 Personen besucht war, gab der Bevollmächtigte, Kollege Gericke, Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung am Orte. Er schilderte nochmals eingehend die Haltung des Schutzverbandes zur Kündigung der gesamten Verträge und beleuchtete die angebliche Friedensliebe der Unternehmer an der Hand von Neuierungen in der „Nachzeitung“. In Leipzig ist die Situation gegenwärtig so, daß die Herren der Musikindustrie die Entscheidung zu treffen hätten, ob sie bereit sind, neue vertragliche Lohnbedingungen anzunehmen, die die ausserordentlich ungünstige Lage der Holzindustriellen beizubehalten und zu verbessern. Die Musikindustrie ist wesentlich umgeändert und erweitert worden. Die Musikindustrie mit ihren vielen Spezialgruppen bedürfte einer eingehenden Vorarbeit, um bei einem erstmaligen Vertragsabschluß für diese Branche auch eine den Verhältnissen entsprechende Grundlage für ein geordnetes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Möge die Entscheidung der Musikindustriellen ausfallen wie sie sollte, fest steht heute schon, daß diese Herren sich an einem eventuellen Kampf beteiligen werden. Der Holzarbeiterverband wird die jetzige Situation, mit dem Vertrauen auf die Solidarität und Opferwilligkeit aller Mitglieder, zu überwinden wissen und auch diesmal einen Vertragsabschluss, welcher keine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzieht, ablehnen. Bezüglich der Erhebung eines Extrabeitrages verwies Kollege Gericke auf den gegebenen Situationsbericht und schilberte dann an der Hand von Zahlen die Leistungsfähigkeit unserer Organisation, besonders in den letzten drei Jahren. Den Kämpfen können wir nicht ausweichen, und ebenso notwendig ist es, Kämpfe zu führen dort, wo die Lage unserer Kollegen verbessert werden muß. Da heiße es aber auch, die nötigen Mittel bereit zu stellen, um die Verbandskasse stets intakt zu halten. In den Verbandsstädten sind die Kollegen doppelt verpflichtet, dazu beizutragen. In ganz Deutschland nehmen gegenwärtig die Kollegen Stellung zur Erhebung des Extrabeitrages, und die bisherigen Berichte in der „Holzarbeiter-Zeitung“ beweisen, daß überall freudig zugestimmt wurde. Nach kurzer Diskussion wurde gegen vier Stimmen beschlossen, ab 1. Januar pro Woche 1 Mk. Beitrag zu erheben und die mehr erhobenen 25 Pf. unberührt der Verbandskasse zuzuführen. Diejenigen Mitglieder, welche weniger als 25 Mk. im Durchschnitt pro Woche verdienen, können auf Antrag von dem erhöhten Beitrag befreit werden. Schließlich wurde noch dem Antrag der Verwaltung bezüglich der Weihnachtsunterstützung an die arbeitlosen Kollegen zugestimmt. Kollege Gericke berichtete dann noch über die Marktsageangelegenheit und die Regelung der Unterstützungsverträge. Die Versammlung stimmte dem Antrag der Verwaltung zu, sich mit der Überweisung der in diesem Jahre gesammelten Gelder an die neu ins Leben zu rufenden Bezirksfonds einverstanden zu erklären.

Stuttgart. Am 25. Oktober legte unser befohlener erster Vorsitzender, Kollege Seufert, sein Amt nieder. Veranlassung dazu waren persönliche Differenzen mit einigen Kollegen unserer Zahlstelle, sowie seine, durch die aufregende Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle, erschütterte Gesundheit. Eine danach einberufene außerordentliche Generalversammlung, in der auch die übrige Lokalverwaltung neu gewählt wurde, hat beschlossen, den Posten öffentlich auszuschreiben. Diefelbe beauftragte eine fünf-gliedrige Kommission die Bewerbungen entgegenzunehmen und zu prüfen. Es gingen insgesamt 23 Bewerbungen ein, unter denen 4 zur engen Wahl gestellt wurden. Zum Zwecke der Wahl fand am 12. Dezember eine außerordentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher der Kollege Schleicher aus Bremerhaven mit 516 von 608 abgegebenen Stimmen zum befohlenden Vorsitzenden unserer Zahlstelle gewählt wurde. Es ist zu hoffen, daß diese Wahl zum Vorteil der Zahlstelle Stuttgart und des Gesamtverbandes sein wird.

Heterfen. Am 7. Dezember hielt die Zahlstelle Heterfen ihre ordentliche Monatsversammlung ab, in welcher unser Gauborsteher, Kollege Neumann, unter lebhaftem Beifall über: „Die Situation im Holzgewerbe nach der Vertragskündigung“ referierte. In der Diskussion wurde betont, daß es selbstverständlich sei, Extrabeiträge zu leisten, sobald der Hauptvorstand dieselben für nötig erachtet, um den Kampffonds zu stärken. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht, ein Zeichen, daß die Kollegen den Ernst der Situation begriffen haben und daß sie gewillt sind mitzuarbeiten an der Vereitelung der faulden Pläne des organisierten Scharfmachertums im Holzgewerbe. Ferner wurde beschlossen, den Lokalbeitrag von 5 auf 15 Pf. zu erhöhen, für die schlechter entlohnten Kollegen aber den 5-Pf.-Lokalbeitrag beizubehalten.

Sterbetafel.

- Franz Solik, Drechsler, geb. 5. Juni 1875 zu Hamburg, gest. 15. November 1909 zu Frankfurt a. M.
 - Sugo, Görne, Modellstecher, geb. 17. Juli 1861 zu Meifen, gest. 18. November 1909 zu Braunschweig.
 - Robert Spindler, geb. 10. Mai 1869 zu Malmitz, gest. 12. November 1909 zu Liegnitz.
 - Otto Weber, geb. 1. Oktober 1876 zu Weida, gest. 21. November 1909 zu Zeulenroda.
 - Johann Wiffner, Schreiner, geb. 4. Mai 1873 zu Würzburg, gest. 25. November 1909 ebenda.
 - Andreas Hempfling, Schreiner, geb. 8. März 1882 zu Oberzaubach, gest. 5. Dezember 1909 ebenda.
 - Ernst Jakob, geb. 28. Februar 1876 zu Trebnitz, gest. 18. Oktober 1909 zu Gotha.
 - Bernhard Gütlich, geb. 10. September 1888 zu Jena, gest. 4. Dezember 1909 zu Gotha.
 - Andreas Babs, Schreiner, geb. 2. Februar 1858 zu Wisbheim, gest. 9. Dezember 1909 zu Frankfurt am Main.
 - Bruno Walfher, Knopfmacher, geb. 4. November 1878 zu Schmölln, gest. 23. November 1909 ebenda.
 - Peter Willenbücher, geb. 23. Dezember 1841 zu Gebach, gest. 12. Dezember 1909 zu Darmstadt.
 - Albert Kummiller, Maschinenarbeiter, geb. 12. Dezember 1881 zu Starnberg, gest. 9. Dezember 1909 ebenda.
- Chreihrem Indententul
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Augsburg hat der Bezirksvorstand des Arbeitgeberschutzverbandes für das Holzgewerbe in Bayern v. d. Rh. an unsere Zahlstelle ein Schreiben gerichtet, in welchem mitgeteilt wird, daß die Meister einen Tarif abzuschließen wünschen und daß in „unkünftiger Wäbe“ Verhandlungen anberaumt werden sollten. Jedenfalls beabsichtigt der Schutzverband alle jene Städte in die Vertragsbewegung mit hineinzuziehen, wo Tarife mit unbestimmtem Abaufstermin vorhanden sind. Die jetzt gültige Arbeitsordnung wurde nach 18wöchentlichem Streik im Jahre 1905 zustande gebracht; damals weigerten sich die Augsburger Meister, einen korporativen Vertrag abzuschließen mit der Organisation. Seither sind Lohnerhöhungen nicht mehr durchgeführt worden. Eine Regelung zu Beginn der günstigen Konjunktur ist nur erwünscht.

In Berlin dauert der Streik in der Perlmutter- und Knopfabrik Paul Ginge bereits schon die achte Woche. Verhandlungen haben bis jetzt noch nicht stattgefunden. Mit allen möglichen Mitteln versucht der Unternehmer, Arbeitswillige heranzuziehen. Besonders nimmt er die „Berliner Volkszeitung“ und auch auswärtige Zeitungen in Anspruch, wo täglich unorganisierte Kennmacher, Schlosser, Bildhauer und tüchtige Handwerker (aber nur keine Perlmutterarbeiter) gesucht werden. Es hatten sich auch einige solche nützliche Elemente gefunden, darunter solche, die unter Kollegeaufsicht stehen. Aber mit Schimpfen und Fluchen haben einige Arbeitswillige dem Betrieb den Rücken gekehrt, weil das nicht eingetroffen war, was der Fabrikant versprochen hatte. Statt mit 40 Mk. pro Woche sind die Hausarbeiter mit 10 Mk., auch sogar mit 4 Mk. Wochenverdienst nach Hause gegangen. Der Unternehmer hat schon selbst Meifen unternommen, um Arbeitswillige einzufangen, was ihm auch in Magdeburg gelungen war. Sofort hat er dem Betreffenden die Papiere abgenommen, damit er ihn nicht wieder entweichen konnte. Als aber der Angeworbene im Zuge hörte, daß bei Ginge gestreikt werde, ging er doch durch die Lappen. Daß die Kollegen Streikposten stehen, will dem Herrn nicht behagen; er hatte sofort die Polizei alarmiert, die zugleich mit unseren Kollegen vom frühen Morgen bis spät abends Posten steht. Außerdem versuchte der Unternehmer der Kollegen ein Schrecken einzujagen, indem er ihnen die Papiere aushändigte mit der Begründung, sie seien entlassen. Es ist aber noch kein Kollege abgefallen, sondern alle sind entschlossen auszuhalten bis zum Ende. Mögen nun allerdings, wo Perlmutter- und Knopfabriker vorhanden sind, die Köffel, Fedenhalter, Beschafften und Knöpfe verarbeiten, dafür sagen, daß keine Streifarbeit verrichtet wird. Insbesondere kommt in Betracht: Adorf i. S., Straußberg und Böhmen. Der Kampf, bei dem es sich um die Abwehr von Verschlechterungen der Löhne und der Arbeitsverhältnisse handelt, muß erfolgreich zu Ende

geführt werden; darum meidet die Streifarbeit und haltet nach wie vor den Zuzug streng fern.

In Langenberg (Neuh. J. L.) dauert der Streit in der Karmanifabrik von Rückold noch unverändert fort. Herr Rückold beharrt noch auf seinem Prozenstaubpunkt, doch ist es ihm nicht gelungen, brauchbare Arbeitskräfte zu erhalten. Die ausständigen Kollegen sind zum größten Teil anderweitig untergebracht oder abgereist; von 52 Kollegen, die den Betrieb verlassen haben, befinden sich nur noch 17 im Streik. Es wird gebeten, den Zuzug von Tischlern, Maschinern und Polierern fernzuhalten.

In Stettin sind bekanntlich von dem Streit der Korbmacher her noch eine Anzahl Kollegen arbeitslos, weshalb unter anderem auch in unserer Nr. 50 vor Zuzug gewarnt wurde. In der Notiz ist auch Herr Fröbel genannt, von welchem gesagt wird, daß er in der Verhöhnung der Arbeiter, die bei ihm um Arbeit nachfragen, das möglichste leiste. Dadurch fühlt sich Herr Fröbel verlezt. Er schickt uns zu seiner Verteidigung einen Brief, in welchem er uns unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes zum Widerruf auffordert. Das ist natürlich Unfug. Das dürfte auch Herr Fröbel erkennen, wenn er sich den von ihm zitierten Paragraphen einmal ansehen würde. Wir wollen aber trotzdem mitteilen, was Herr Fröbel zu erwidern hat. Er erklärt, daß er jetzt 12 Gesellen habe; mehr könne er nicht einstellen, weil er durch den Streik Kunden verloren habe. Um Arbeit antragende Korbmacher hat er nicht beschützt, aber er hat ihnen gesagt: „Wo etwas zu tun war, haben Sie gestreikt, und jetzt, wo nichts zu tun ist, wollen Sie alle arbeiten.“ Dann behauptet Herr Fröbel, daß bei ihm kein schlechtes, sondern nur gutes Material verarbeitet würde, was alle Gesellen bezugen könnten. Der Verdienst sei bei regelmäßiger Arbeitszeit derselbe wie früher, nämlich 22 bis 31 Mk. pro Woche, je nach Leistung. Ob das die Fröbelschen Arbeiter wirklich bezugen können, erscheint uns noch zweifelhaft. Vor uns liegt der Brief eines Arbeiters, der Herrn Fröbel besonders ans Herz gewachsen sein dürfte, weil er bei ihm als Arbeitswilliger stehengeblieben ist. Der schreibt, daß manche Streitenden mehr Unterstützung bezogen hätten, als sie bei der Arbeit verdienen. Wir sind natürlich weit davon entfernt, den Worten eines Streikbrechers ohne weiteres Glauben zu schenken, aber immerhin berechtigt uns diese Mitteilung, in die Angaben des Herrn Fröbel über die von ihm gezahlten Löhne Zweifel zu setzen. Jedenfalls wollen wir konstatieren, daß Herr Fröbel zurzeit keinen Bedarf an Arbeitern hat, so daß es zwecklos ist, ihn mit Arbeitsangeboten zu belästigen. Ueberhaupt ist der Zuzug von Korbmachern nach Stettin, Müddamm und Jüttenwalde bis auf weiteres fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

„Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Unter dieser Bezeichnung ist ein neues Unternehmen ins Leben getreten und am 20. Oktober in das Berliner Handelsregister eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist, wie es in der am 30. November im „Reichsanzeiger“ erfolgten Bekanntmachung heißt:

„Betrieb einer Verlagsbuchhandlung und damit verwandter Geschäftszweige. Das Stammkapital beträgt 20.000 Mk. Geschäftsführer: Bureaubeamter Theodor Leipart in Nizdorf, Bureaubeamter Fritz König in Berlin. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. Oktober 1909 festgestellt. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich. Außerdem wird hierbei bekannt gemacht: Oeffentliche Bekanntmachungen erfolgen im „Reichsanzeiger“.“

Außer den beiden genannten Kollegen sind auch die übrigen besoldeten Vorstandsmglieder des Verbandes, die Kollegen Schneck, Weder und Pappé Gesellschafter. Es handelt sich hierbei natürlich nicht um ein Privatunternehmen der Vorstandsmglieder, sondern die Gründung ist im vollen Einverständnis des Gesamtverbandes erfolgt und es ist Vorsorge getroffen, daß der eventuelle Gewinn der Gesellschaft unverkürzt der Verbandskasse zugute kommt.

Mit der Gründung der Verlagsanstalt ist ein lauge erwogener Plan verwirklicht worden. Unser Verband gibt eine ganze Reihe von Druckwerken heraus. Neben der „Holzarbeiter-Zeitung“ und dem „Jahrbuch für Holzarbeiter“ sei an den Almanach, die Jahrbücher, die Verbandsprotokolle, Statistiken und sonstige Broschüren erinnert. Als Verleger zeichnete bisher entweder der Verband oder wie es bei den beiden vom Verband herausgegebenen Zeitschriften der Fall war, der Verbandsvorsitzende. Das war ein unbefriedigender Zustand, denn der Verband besitzt keine Korporationsrechte. Er kann wohl in vermögensrechtlichen Streitigkeiten verklagt werden, aber er kann selbst keine Klage anstrengen. Gaben sich aus diesem Zustand, soweit der Verband als Verleger in Betracht kommt, auch noch keine Schwierigkeiten ergeben, so liegen solche doch keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Mit der Gründung der Verlagsanstalt ist eine rechtsfähige Körperschaft geschaffen, welche gültige Rechtsgeschäfte abschließen kann.

Bisher hat sich der Verband zum buchhändlerischen Vertrieb seiner Probezeugnisse, die in steigendem Maße das Interesse auch solcher Kreise erregten, die außerhalb unserer Organisation stehen, der Mitwirkung einer Buchhandlung bedient, welche die in Betracht kommenden Werke in Kommissionsverlag übernehmen. Das ist künftig nicht mehr nötig. Die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes kann nun alle buchhändlerischen Geschäfte selbständig betreiben. Bisher hat schon die Expedition

der „Holzarbeiter-Zeitung“ den Bezug von einigen fachtechnischen Werken an die Kollegen vermittelt. Dieser Buchhandel ist nunmehr von der Verlagsanstalt übernommen, welche in der Lage ist, alle Bücher, welche im Buchhandel überhaupt zu haben sind, zu Originalpreisen zu besorgen. Das ist ein Vorteil sowohl für die Kollegen als auch für die Zahlfellen. Wo Neuanschaffungen für Bibliotheken in Frage kommen, wird es sich empfehlen, mit der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Verbindung zu treten und ebenso ist diese auch imstande, den Kollegen alle Bücher für den Privatgebrauch zu vorteilhaften Bedingungen zu besorgen.

Durch die Gründung der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes tritt auch eine Änderung im Massenwesen des Verbandes infolge ein, als die Ausgaben für die Verlagswerke des Verbandes, z. B. die Druckkosten für den Almanach usw., die im Grunde genommen nicht als Ausgaben des Verbandes gelten können, nicht mehr in der Verbandsabrechnung erscheinen, sondern im Geschäftsbericht der Verlagsanstalt aufgeführt werden.

Wir dürfen wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß von der Möglichkeit, Bücher durch die Vermittlung der Verlagsanstalt unseres Verbandes zu beziehen, lebhaft Gebrauch gemacht wird.

Ueber die Verschmelzung von Möbelarbeitergewerkschaften in Großbritannien, von welcher wir schon in Nr. 46 Notiz genommen haben, berichtet das „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“: Die englischen Organisationen der Kunsttischler (Amalgamated Union of Cabinet Makers), der Arbeiter in der Möbelbranche (National Amalgamated Furniture Trades), der Tapezierer (Amalgamated Union of Upholsterers) und der Möbelpolierer (Amalgamated Society of French Polishers) haben in einer gemeinsamen Vertretung am 9. August 1909 in Birmingham sich mit der Verschmelzung dieser Organisationen beschäftigt, nachdem mehrere Vorbesprechungen schon früher stattgefunden hatten. Man einigte sich diesmal über die Grundzüge der Verschmelzung, die nur noch der Zustimmung der Mitgliedschaften bedarf, zu deren Einholung im Laufe des Monats Dezember eine Urabstimmung in allen beteiligten Organisationen stattfinden wird.

Auf der Konferenz wurde die Notwendigkeit einer geschlosseneren Organisation der Arbeiter gegenüber der mächtigen Unternehmerkoalition betont, da die Interessen der Arbeiter und Unternehmer keineswegs identisch seien. Daß so manche Bemühungen der Gewerkschaften zurzeit fruchtlos seien, müsse zum Teil auf die noch herrschende große Zersplitterung auf gewerkschaftlichem Gebiete zurückgeführt werden.

Der Name der Einheitsorganisation soll sein: „Verband der Holz- und Möbeldindustrie“ (Amalgamated Union of Wood and Furnishing Trades). Derselbe wird umfassen die Kunsttischler, Stuhlmacher, Holz- und Steinbildhauer, Drechsler, Maschinearbeiter, Ladena- und Schaustentischer, Tapezierer, Polierer, Stellmacher und Parkettarbeiter.

Der Sitz des Verbandes wird für die nächsten drei Jahre London sein; dann soll durch Urabstimmung der fernere Sitz bestimmt werden. Der Hauptvorstand wird aus 9 Mitgliedern, die von den im Umkreis von 15 Meilen um London gelegenen Sektionen gewählt werden, bestehen. Von den Gruppen der Kunsttischler, Möbelpolierer, Tapezierer, Bildhauer, Stuhlmacher und Maschinearbeiter muß mindestens je ein Mitglied, jedoch nie mehr als zwei Mitglieder dem Hauptvorstand angehören. Ein „Allgemeiner Ausschuss“, der alljährlich zusammentritt, besteht aus je einem Vertreter der 9 Gauen, in welche das gesamte Verbandsgebiet eingeteilt ist. Der neue Verband wird ein gemeinsames Organ der Arbeiter sein, das die Interessen der Arbeiter, der Arbeitgeber und der Öffentlichkeit dienen soll, sowie drei Gewerkschaften.

Die Unterstützungseinrichtungen umfassen Arbeitslosen-, Streik-, Heil-, Sterbeunterstützung, Rechtsschutz, Altersrente und Werkzeugversicherung.

Die Vollmitglieder zahlen einen Beitrag von 10 d* wöchentlich. Dafür haben sie nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft Anspruch auf 5 sh wöchentliche Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von 6 Wochen, nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft auf 10 sh pro Woche für die gleiche Zeitdauer, und nach 104 Wochen Beitragsleistung auf 12 sh wöchentlich auf die Dauer von 6 Wochen, während die Streikunterstützung 16 sh wöchentlich betragen soll. Für diese Klasse beträgt das Sterbegehalt, welches sowohl beim Tode des Mitgliedes wie auch beim Ableben seiner Frau ausbezahlt werden soll, 40 sh nach 1 Jahre, 80 sh nach 2 Jahren, 120 sh nach 3 Jahren, 160 sh nach 4 Jahren, 200 sh nach 5 Jahren Mitgliedschaft. Für einen um 2 d erhöhten Wochenbeitrag erhalten die Mitglieder Anspruch auf Krankenunterstützung, die für volle 12 Wochen ausbezahlt wird. Derselbe beträgt für solche, welche vor ihrem 35. Lebensjahre beitraten, 10 sh pro Woche. Kollegen, welche zwischen dem 35. und dem 45. Lebensjahre beitreten, zahlen hierfür 3 d wöchentlichen Beitrag mehr. Ausgesteuerte Mitglieder haben erst nach Ablauf eines Jahres wieder Anspruch auf diese Unterstützung.

Für die Werkzeugversicherung, die nicht über je 400 sh betragen kann, wird ein einmaliger Beitrag von 3 d für je 20 sh Versicherungssumme für die ersten 5 Jahre, später je 2 d erhoben.

Mitglieder, welche 25 Jahre Mitglied waren und das 60. Lebensjahr erreichen, erhalten 5 sh wöchentliche Rente, solche mit 30jähriger Mitgliedschaft 7 sh wöchentlich. Der Beitrag zu dieser Klasse ist fakultativ; der Beitrag dafür beträgt 2 d pro Woche, doch ist eine Altersgrenze von 35 Jahren für den Beitritt festgesetzt.

Für solche, welche an diesen Unterstützungseinrichtungen sich nicht beteiligen wollen, ist eine besondere Klasse

* Nach dem englischen Münzsystem hat 1 Pfund Sterling (L) 20 Schilling (sh.), der Schilling 12 Pence (d). Ein Pfund Sterling gilt etwas mehr als 20 Mark, demnach ist ein Penny (Eingast) von Pence) etwa 9 Pfennig.

mit einem Wochenbeitrage von 6 d eingerichtet, deren Mitglieder Streikunterstützung (pro Woche 16 sh), Heilunterstützung, Sterbeunterstützung (bis zu 100 sh), sowie Rechtsschutz genießen. Ferner soll eine besondere Abteilung für die Lehrlinge geschaffen werden.

Aus Nordbayern wird uns geschrieben: In Nr. 50 des christlichen „Holzarbeiter“ beschwert sich der christliche Sekretär Schwarzer-München über die Schreibweise des Hauptvorstehers Stein. Als Antwort möge er sich des alten Sprichworts erinnern: „Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus.“ Schwarzer kommt dann auf die Vorgänge in Lauf zurück. Warum gibt er denn die Zahl der Mitglieder bei Döring in Lauf nicht an? Selbst der Zentralvorstand der christlichen Holzarbeiter verlangt nur dort eine Vertretung, wo seine Mitglieder in nennenswerter Zahl in Betracht kommen. Von 150 organisierten Arbeitern sind 4 Christliche keine nennenswerte Zahl; aber man will mit einem Tarif in der Öffentlichkeit aufmarschieren. Weiter bringt Schwarzer zu seiner Verteidigung vor, Stein hätte sich bei der Münzberger Bewegung mit Neusorg gerührt. Schwarzer will nicht wissen, daß wir schon vor den Christlichen da waren und 1903 eine Bewegung führten. Durch den Zuzug aus der Umgebung, die im Bann der katholischen Geistlichkeit steht, wurde der Fabrikant so lange überlaufen, bis der christliche Verband seinen Einzug gehalten hat. Aber schon dümmert es in den Köpfen, und gerade in der Oberpfalz schwenken nicht nur Glasarbeiter ab, sondern auch bei den Holzarbeitern gährt es ganz gewaltig. Deshalb die Anstrengungen. Bei Gründungen und Stiftungsfeiern müssen die Geistlichen auf die Bretter, um den Segen dazu zu geben, den eigenen Führern glaubt man längst nichts mehr.

Mit der scheinheiligsten Miene von der Welt schreibt Schwarzer: „Das bedauerlichste ist bei solchen Lohnbewegungen, daß die Kollegen beiderseits unnötig sich befehden, anstatt dem Arbeitgeber gegenüber Geschlossenheit zu zeigen.“ Bei der Lauf Bewegung gab es keinen Streit zwischen Rot und Schwarz, erst als Schwarzer auftauchte und zum Fabrikanten lief, ohne uns davon zu verständigen, dann ging es los. Wer war der Störenfried? Doch nur Schwarzer allein.

„In Cham,“ sagt Schwarzer, „haben die Sozi jeden Kredit verloren, da sie trotz mehr als 10jähriger Bestehens für die Arbeiter wenig oder gar nichts getan haben.“ Mit Verlaub, wahrheitsliebender Bruder in Christo: Die Sozi konnten erst jetzt, auf den Verrat des Zentrums und der Beihilfe der christlichen Gewerkschaftsführer hin Fuß fassen. Wenn früher der Holzarbeiterverband nichts ausrichten konnten, so lag es daran, daß er nur wenige Mitglieder hatte und von diesen noch mehrere wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten, die jetzt allerdings das Ruher bei den Christlichen in Cham führten. Wir haben keine fremde Hilfe, wie sind auf uns selbst angewiesen, trotzdem kommen die Massen zu uns, nicht aus Fanatismus und Scheinheiligkeit, sondern aus Ueberzeugung und Liebe zur Organisation. Wir haben stets mit offenem Visier und ehrlichen Waffen gekämpft und dadurch Anerkennung in weiten Kreisen errungen. In dem ganzen Artikel kommt die Angst zum Ausdruck, daß die katholische Arbeiterschaft und die christlichen Gewerkschaftler doch noch durch das rote Meer ziehen, zum Schrecken der Führer und des Zentrums.

Schwarzer kann von Glück sagen, daß er fast in ganz Bayern herumreisen darf, um nicht nur Holzarbeiter, sondern Wälder, Sägler, Tapezierer, Zimmerer, auch Maurer zu organisieren, sonst bringt er keine Zahlfelle mehr zusammen. Mit Holzarbeitern allein wird er bald nichts mehr zu tun haben, deshalb das Aufbauschen und die Entstellungen in jeder Nummer des christlichen Organes.

Aus der heftigen Ausführlin. Unser Artikel unter dem Titel „Der Holzarbeiter“ hat es den Lesern angean. Wir haben nicht erst von den Lesern erfahren, daß wir gerechelt, sondern es wurde uns schon im Voraus gemeldet. Wir sind aber erwidert, daß wir gerechelt haben, wenn auch wir nicht behauptet haben, daß das Gros Müdder in Chamöll-Gönnib zu 106 Stück berechnet wird. Das ist ein Irrtum, es soll nicht 106, sondern 169 heißen. Dann will man nicht Wort haben, daß Del und Lampen vom Arbeiter gehalten werden müsse, der Arbeiter braucht nur das Del zu stellen. — Wir können diese Bestätigung akzeptieren, an dem Gesamtbild wird dadurch nichts geändert. Wir können auch nicht finden, daß die Fabrikanten besondere Ursache hätten, sich auf ihre fantose Zählmethode etwas besonders einzubilden.

Die Waggonfabrik Akt.-Ges. Uerdingen a. Rh. blickt auf ein recht ungünstiges Geschäftsjahr zurück. Nach dem Geschäftsbericht konnten die Werkstätten nach Erledigung der aus der guten Zeit herübergenommenen Aufträge nicht mehr in der bisherigen Weise verwendet werden. Nicht fühlbar sei die Zurückhaltung der Staatsbahnverwaltung mit der Vergebung von Aufträgen geworden. Der Umsatz ging auf 4,80 Millionen Mark (i. V. 5,77 Millionen Mark) zurück. Das Betriebsergebnis reduzierte sich auf 694 657 Mark (855 511 Mk.), während die Unkosten auf 264 777 Mk. (245 052 Mk.), Zinsen und Bankspesen auf 26 545 Mk. (21 633 Mk.) fielen. Trotz der niedrigeren Abschreibungen von 158 404 Mk. (173 616 Mk.) und des wesentlich höheren Gemeinbeitrages von 53 500 Mk. (18 750 Mk.) geht der Reingewinn von 436 991 Mk. auf 306 823 Mk. zurück. Hierfür sollen 200 000 Mk. (300 000 Mk.) verwendet werden, um eine Dividende von 8 Proz. (gegen 12 Proz. im Vorjahr) zu verteilen.

Gewerkschaftliches.

Arbeitergroßen für das Ausland.

Die Scharfmacherpresse ist entrüstet über den glänzenden Beweis internationaler Solidarität, welchen die deutsche Arbeiterschaft anlässlich des großen Kampfes in Schweden geliefert hat. Die Tatsachen, daß die deutschen Arbeiter 1 600 000 Mk. nach Schweden geschickt haben, und daß nach einem Bericht des „Vorwärts“ das Stockholmer Parteiorgan 20 000 Abonnenten gewonnen hat, braut sich

der bekannte Schleifstein „Die Post“ zu folgendem Vers zusammen:

„Damit das Stockholmer Sozialdemokratenblatt 20 000 Abonnenten gewinnen konnte, mußten deutsche Sozialdemokraten 1 Million 600 000 Mark aufbringen, für einen Abonnenten 80 Mark. Das ist eine kostspielige Sache. Man muß staunen über diese Auspressungsfähigkeit und über die irreführende sozialdemokratische Arbeitererschaft.“

Noch mehr muß man aber staunen über die Verherrlichung, welche ohnmächtiger Haß gegen die Arbeiterbewegung in dem Hirn fanatischer Scharfmacher anrichtet. Ein Trost ist aber der brave „Post“ in ihrem Herzeleid geworden. In derselben Nummer (556 vom 27. November), in welcher sie diesen Erguß von sich gibt, kann sie von einer Versammlung in Gollnow berichten, in welcher ein in den weitesten Kreisen unbekannter Herr Reinhardt aus Berlin sich über die Millionenammlung der deutschen Arbeiter für den schwedischen Massenstreik äußerte, „die den Erfolg gehabt hätte, daß viele Tausende von schwedischen, jungen, kräftigen Arbeitskräften nach Deutschland übergesiedelt wären und hier durch Verdrängung der nicht mehr in hohem Maße leistungsfähigen Arbeiter die Zahl der Arbeitslosen hätten vermehren helfen“. Darauf hätte ein gänzlich ungenannter Sozialdemokrat das Wort genommen, und ihm sei das Geständnis entschlüpf, welches wie Balsam auf die Wunden der Scharfmacher wirkt. Dieser ungenannte Sozialdemokrat soll gesagt haben, „daß die von dem Redner angegebenen Zahlen leider richtig seien und daß diese Sammlungen auf das entschiedenste mißbilligt werden müßten. Gegen die Führer und alle diejenigen, die vom Volk lebten, müsse aber der Vorwurf gerichtet werden, diese verderblichen Sammlungen veranlaßt zu haben, nicht gegen die Sozialdemokraten schlechthin.“

Die „Post“ ist ganz entzückt über diese Worte, welche sie mit folgendem Kommentar versteht: „Hoffentlich erdnt recht häufig solche berechtigte Kritik an dem Verhalten der Führer und ihrer Beamten aus sozialdemokratischem Munde, in der Erwartung, daß hierdurch wohl manchem Mitleider, der jetzt gedankenlos seine Stimme den Sozialdemokraten gibt, die Augen geöffnet werden über die krupellose Tätigkeit der Machthaber der Partei.“

Wir sind nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob die erwähnte Versammlung stattgefunden hat, ob die von der „Post“ zitierten Äußerungen gefallen sind und wer der angebliche Sozialdemokrat war, der den Scharfmachern so aus der Seele gesprochen hat. Aber das wissen wir, daß es in der deutschen Arbeiterbewegung nicht viele Leute gibt, die diesen Standpunkt teilen. Die deutschen Arbeiter sind stolz darauf, daß sie in der praktischen Betätigung der internationalen Solidarität als Muster dastehen. Es fällt dem einzelnen gewiß nicht leicht, sich selbst zu befeuern, um anderen zu helfen, aber gerade bei dem gewaltigen Ringen der schwedischen Arbeiter gegen ihre Unternehmer, da war es jedem von uns klar, daß dort ein Kampf geführt wurde, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Schwedens hinausreichte; daß es auch unser Kampf war, der in Schweden ausgefochten wurde.

Die deutschen Unternehmer machen übrigens gar kein Hehl daraus, daß ihre Sympathien in diesem Kampf durchaus bei ihren schwedischen Klassengenossen waren. Das zeigt das nachstehende Telegramm, welches am 9. Dezember der schwedischen Scharfmacherorganisation zugegangen ist:

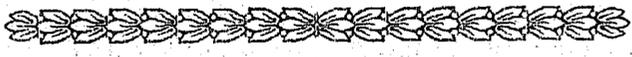
„Die in der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände vereinigten Unternehmer sprechen den schwedischen Arbeitgebern für die erfolgreiche Ausföchtung des harten Kampfes ihren Glückwunsch aus und danken den schwedischen Unternehmern für die großen Dienste, die sie der Sache der Arbeitgeber im allgemeinen geleistet haben.“

Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. Mitglieder.“

Es ist richtig, daß aus den meisten anderen Ländern die Mittel zur Führung des Kampfes in Schweden nicht so reichlich geflossen sind, wie aus Deutschland; aber dieser Umstand kann uns nicht bestimmen, unsere Opferwilligkeit einzuschränken. Die deutschen Arbeiter haben für Zwecke, deren Nützlichkeit sie erkannt haben, stets eine offene Hand gehabt, und ihr Beispiel wirkt erzieherisch auf die Arbeiter anderer Länder. Die Scharfmacher würden es freilich lieber sehen, wenn wir uns gegen das Ausland abschließen würden, und in demselben Sinne wie die erwähnten Notizen in der „Post“ ist auch ein Artikel gehalten, der in Nr. 49 der „Arbeitgeber-Zeitung“ abgedruckt ist. Dort wird den deutschen Arbeitern vorgerechnet, daß sie für ihre, den ausländischen Arbeitern bewiesene Solidarität wenig Dank geerntet hätten. Zum Beweis dafür werden den von Deutschland für ausländische Kämpfe aufgebrauchten Summen die Beträge gegenübergestellt, die aus ähnlichen Anlässen vom Ausland nach Deutschland geflossen sind. Um den Unterschied recht drastisch erscheinen zu lassen, leistet sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ den Schwundel, die lehrerwähnten Beträge ganz bedeutend kleiner anzugeben, als sie tatsächlich waren. Das ist sehr dumm von dem Scharfmacherblatt, da ihm sein Zahlen-schwundel sofort nachgewiesen werden konnte. Aber selbst dann, wenn die angegebenen Zahlen richtig wären, würden sie ihren Zweck verfehlen. Die deutschen Arbeiter sind von tiefem Mißtrauen gegen die Unternehmer erfüllt, und das Tun und Lassen der Scharfmacher gibt diesem Mißtrauen täglich neue Nahrung. Wollten wir den Rat-schlägen von jener Seite Gehör schenken, dann würden wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Das Klassengefühl, von welchem die deutsche Arbeitererschaft erfüllt ist, hat

sich noch stets als zuverlässiger Wegweiser erwiesen, und dieses Klassengefühl wird auch künftig an den Reichsgrenzen nicht Halt machen.

Eine Einheitsorganisation im Transportgewerbe. Vom 13. bis 16. Dezember lagte in Hamburg eine Konferenz von Vertretern der Zentralverbände der Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter zwecks Festlegung der Grundzüge für den Aufbau und die Einrichtungen der bereits von allen drei Verbänden im Prinzip beschlossenen Einheitsorganisation der Transport- und Verkehrsarbeiter zu Wasser und zu Lande. Nach einer umfassenden, sachlichen Aussprache über die Grundlagen und Form der neuen Organisation wurde, unter Berücksichtigung aller einschlägigen beruflichen und organisatorischen Interessen, eine völlige Verständigung über die statistischen Grundlagen des zukünftigen Verbandes, sowie die der Uebergangsbestimmungen erzielt. In Verfolg der Beschlüsse und Vorschläge dieser Konferenz werden die genannten Verbände im Mai 1910 außerordentliche Verbandstage abhalten, wo die von der Konferenz geschaffene Grundlage zu sanktionieren ist. Daran anschließend findet ein gemeinsamer Verbandstag statt, dessen Aufgabe es ist, den Zusammenschluß der Verbände endgültig zu vollziehen und alle für die neue Organisationsform notwendigen Formalitäten zu erledigen. Nach den Vorschlägen der Konferenz wird die Einheitsorganisation am 1. Juli 1910 in Wirkung treten.



Jeder Kollege,

der sich in seinem Fach fortbilden will, sollte Abonnent des Fachblatt für Holzarbeiter werden.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt reichhaltige und gebiegene — künstlerische, textliche und zeichnerische — Publikationen und kostet bei Bezug durch die Lokalverwaltung nur 1 Mark pro Vierteljahr.



Der schwedische Gewerkschaftskongress. Im Hinblick auf den eben abgeschlossenen großen Arbeiterkampf in Schweden weckte der Zeit vom 22.—30. November in Stockholm abgehaltene fünfte Gewerkschaftskongress ein größeres Interesse auch im Auslande. Der auf dem Kongress erstattete Bericht über die dreijährige Geschäftsperiode zeigt, daß die Gewerkschaftsorganisation in diesem Zeitraum große Fortschritte gemacht hat. Von 86 635 Mitgliedern im Jahre 1906 stieg die Mitgliederzahl bis Ende 1907 auf 186 226. Im folgenden Jahre trat infolge der Krise ein Rückschlag ein, doch wurden Ende 1908 immer noch 169 776 Mitglieder gezählt. Der von den einzelnen Verbänden an die Landesorganisation abzuliefernde Beitrag betrug im Jahre 1906 pro Mitglied 0,80 Kronen, im Jahre 1907 und 1908 wurden je 1,20 Kronen erhoben. Dazu kamen Extrabeiträge für Kämpfe, die auf den Kopf des Mitgliedes im Jahre 1907 3 Kronen, im Jahre 1908 aber 11,30 Kronen betragen. In der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1909 sind bei der Landeszentrale an ordentlichen Beiträgen 471 253,80 Kronen und an Extrabeiträgen für Kämpfe 1 022 904,24 Kronen eingegangen. Die während des letzten großen Kampfes eingeleitete Sammlung hat 2 273 345,95 Kronen gebracht, darunter aus Deutschland 1 030 236,71 Kronen.

Ob der Gewerkschaftsbund in den eingehenden Besprechungen über die neue Organisation der Landesorganisation gesprochen. Es wurde unter anderem beantragt, der Landesorganisation die ihr jetzt zufallende Aufgabe der Leitung und Unterstützung von Streiks zu nehmen, also eine ähnliche Einrichtung zu schaffen wie in Deutschland, wo die Führung von Lohnkämpfen Aufgabe der einzelnen Verbände ist. Auf der anderen Seite beantragte der Landessekretär, die Funktionen der Landeszentrale als oberste Streikleitung noch weiter auszubauen. Jetzt betätigt sie sich nur als Abwehrorganisation; nach dem Vorschlag sollte sie auch die Angriffskämpfe leiten und alle Streiks sollten aus der Klasse der Landesorganisation unterstellt werden, zu welchem Zweck die Beiträge entsprechend zu erhöhen wären. Es wurde beschlossen, es vorläufig bei dem bisherigen Zustand zu belassen, aber eine Kommission einzusetzen, welche dem nächsten Kongress Vorschläge unterbreiten soll. Der fortschreitende Uebergang von der Berufsorganisation zum Industrieverband wurde festgelegt und der Kommission auch aufgegeben, bei ihren Arbeiten zu berücksichtigen, daß die Landesorganisation sowohl Abwehr- als auch Angriffsorganisation sein soll.

Gegenstand der Verhandlungen des Kongresses war auch das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei. Bei der Gründung der Landesorganisation im Jahre 1898 wurde eine Bestimmung in deren Statuten aufgenommen, der die ihr betretenden Verbände verpflichtet, den örtlichen Parteioptionen, den „Arbeiterkommunen“ beizutreten. Diese Bestimmung enthielt nichts Besonderes Auffälliges, denn tatsächlich waren die meisten Gewerkschaftsorganisationen der Partei angeschlossen. Immerhin machte sich schon seit einigen Jahren eine Strömung bemerklich, welche auf die Befreiung der fraglichen Bestimmung hinielte. Auf den beiden letzten Kongressen wurden diese Anträge abgelehnt; diesmal erfolgte die Annahme mit einer kleinen Majorität. Dieser Beschluß bedeutet jedoch nicht etwa einen unfreundlichen Akt gegen die Partei, was zum Ueberflus in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution noch ausdrücklich ausgesprochen wurde. Ueberdies beschloß auch der Kongress die Gewerkschaftsmitglieder durch das Landessekretariat aufzufordern, die sozialdemokratische Parteipresse mehr als je zuvor zu unterstützen. Eine kleine Gruppe von Junggewerkschaftlern versuchte es vergeblich, sich auf dem Kongress Geltung zu verschaffen. Ein Antrag, eine

Erhebung über den Syndikalismus zu veranlassen, wurde abgelehnt, und ein von der gleichen Gruppe ausgehender Antrag, den Gewerkschaftsangehörigen die Annahme von Reichstagsmandaten zu verbieten, wurde nicht nur mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, sondern in einer angenommenen Resolution wurde die parlamentarische Tätigkeit noch ausdrücklich als notwendig bezeichnet.

Von besonderer Bedeutung sind die Beschlüsse, die Schlagfertigkeit und Kampfkraftigkeit der schwedischen Gewerkschaften zu erhöhen. Künftig müssen alle Streiks und Aussperrungen, auch die, bei denen eine Unterstützung nicht in Frage kommt, dem Landessekretär gemeldet werden. Streiks, die Aussperrungen im Befolge haben können, dürfen nur mit Genehmigung des Landessekretariats begonnen werden. Der Vorstandskonferenz wurde das Recht eingeräumt, Aussperrungen mit allen verfügbaren Mitteln zu beantworten. Demnach werden die Vorstände für die Folge auch Sympathiestreiks anordnen können. In Streikunterstützung zahlt die Landesorganisation 8 Kronen pro Woche von der dritten Woche nach Ausbruch des Streiks ab, doch werden nur solche Organisationen unterstützt, die mindestens 3 Proz. ihrer Mitglieder im Kampfe haben. Die Landeszentrale kann bei Kämpfen Extrabeiträge bis zur Höhe von 50 Oere pro Mitglied und Woche erheben.

In den mit dem Arbeitgeberverein abgeschlossenen Verträgen befindet sich eine von den Unternehmern geforderte Bestimmung, in welcher ausgesprochen ist, daß dem Unternehmer das Recht auf Leitung und Verteilung der Arbeit sowie auf Einstellung und Entlassung der Arbeiter zusteht, daß aber das Koalitionsrecht von beiden Seiten respektiert werden muß. Diese Bestimmung, gegen welche an sich nichts einzuwenden ist, wird verschiedentlich von den Unternehmern in schikanöser Weise ausgelegt und hat deshalb Mißstimmung erregt. Der Kongress beschloß, die Bestimmung prinzipiell zu akzeptieren, gegen ihre Auslegung durch die Unternehmer aber zu protestieren und bei künftigen Tarifverhandlungen eine genaue Definition der Bestimmung zu fordern. Von sonstigen Beschlüssen ist noch zu erwähnen der auf Gründung einer Unterstützungsvereinigung der in der Arbeiterbewegung Angefallenen nach dem Muster der entsprechenden Einrichtung in Deutschland.

Der Kongress nahm einen durchaus würdigen Verlauf und legte Zeugnis dafür ab, daß die schwedischen Arbeiter durch den großen Kampf, den sie zu führen hatten, durchaus nicht entmutigt sind. Sie sind im Gegenteil entschlossen, neue Kämpfe, die ihnen aufgezwungen werden, mit der gleichen Energie durchzuführen, wie den jetzt abgeschlossenen. Demgemäß sind auch die gefassten Beschlüsse von der Absicht getragen, die Organisation noch kampfesüchtiger zu machen, als sie bisher war. Der nächste Kongress findet im Jahre 1912 statt.

Christliche Leichenschändung. Zu der unter dieser Ueberschrift in Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienenen Notiz geht uns die nachstehende Berichtigung zu:

1. Es ist unklar, daß ich in der Forzhaimer Versammlung behauptete, Deinhardt habe gesagt: „Der Arbeitererrat der sozialdemokratischen Führer stinkt zum Himmel.“ 2. Wahr ist, daß ich sagte: Selbst sozialdemokratische Führer finden es für notwendig, das arbeitgeber-räterische Verhalten verschiedener sozialdemokratischer Gewerkschaften zu beurteilen, so Deinhardt, indem er ausrief: „Derartige Dinge stinken zum Himmel.“ 3. Es ist unklar, daß ich in der Versammlung nicht gesagt habe, wo Deinhardt die Worte sprach. 4. Wahr ist, daß ich ausdrücklich anführte, daß Deinhardt diese Worte auf der Konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände, abgehalten in Berlin vom 18. bis 23. Februar 1906, bezüglich des geschäftigen Kampfes sozialdemokratischer Gewerkschaften gegeneinander, sowie auch in Bezug auf die auf dieser Konferenz zur Sprache gebrachte Vereinerklärung eines sozialdemokratischen Führers, bei einer Bewegung Streikbrecher zu liefern, gesprochen habe. 5. Unklar ist, daß ich den verstorbenen Redakteur Deinhardt verleumdete habe. 6. Wahr ist, daß ich hervorhob, daß es Deinhardt hoch anzurechnen sei, daß er den Mut fand, gegen derartige skandalöse Zustände in den eigenen Reihen Protest zu erheben.

Achtungsvollst Karl Gerhard.

Wie nehmen mit Vergnügen davon Akt, daß Herr Gerhard die leichenschänderische Behauptung gegen unseren verstorbenen Kollegen Deinhardt nicht gebraucht hat. Wir haben sie, wie erwähnt, dem „Forzhaimer Anzeiger“ entnommen, wo sie in einem Bericht enthalten ist, der dem Blatt (offenbar von einem Teilnehmer der christlichen Versammlung) eingesandt wurde. Herr Gerhard hätte also in erster Linie Veranlassung gehabt, das Forzhaimer Blatt und dessen christlichen Gewährsmann zu be-richtigen. Ob das geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. — Zum Verständnis für unsere Leser bemerken wir, daß auf der erwähnten Vorstandskonferenz das leidige Thema der Grenzstreitigkeiten zur Debatte stand, wobei von den Vertretern verschiedener Gewerkschaften Beschwerden vorgebracht wurden. In Bezug auf das zur Sprache gebrachte Material erklärte Deinhardt, derartige Dinge stinken zum Himmel.

Uebrigens hat sich auch der christliche „Holzarbeiter“ dieses Themas bemächtigt, und er müht sich auf mehr als zwei Spalten ab, zu beweisen, „daß von sozialdemokratischer Seite schon des öfteren Arbeitererrat betrieben worden ist“. Zu dem Zweck werden eine Anzahl angeblicher Zitate abgedruckt, deren Wichtigkeit wir nicht nachprüfen wollen. Wir haben dazu um so weniger Veranlassung, als sich unser christlicher Kollege wohlweislich hütet, den Vorwurf gegen den Deutschen Holzarbeiterverband zu erheben. Statt langer Auseinandersetzungen wollen wir das christliche Organ nur an den Streich des christlichen Holzarbeiterverbandes erinnern. Was die Christen dort geleistet haben, ist in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ohne Beispiel. Wir wollen die Angelegenheit nicht von neuem aufkühnen und begnügen uns mit dieser Bedeutung, die hoffentlich das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes veranlaßt, etwas weniger vorlaut zu sein, wenn irgendwo von „Arbeitererrat“ die Rede ist.

Vollzeiliches und Gerichtliches.

Herr Staats in Mustan hat einen Meinfall erlebt. Bekanntlich befinden sich seine Arbeiter im vergangenen Sommer längere Zeit im Streik, weil sie sich eine ganz beträchtliche Lohnreduktion nicht gefallen lassen wollten. Herr Staats ist der Meinung, daß dieser Lohnabzug durchaus notwendig gewesen sei, da er sonst nicht in der Lage wäre, Fenster erheblich billiger nach Berlin zu liefern als andere Tischlermeister. Unsere Kollegen glaubten überdies, daß Herr Staats seine Lohnabzugs- experimente vornehme, um seine Arbeiter zu der von ihm verlangten vorschrittsmäßigen reichstreuen Gesinnung zu bekehren. Solche kuriose Ansichten sind dem Herrn schon zuzutrauen; hat er doch durch Inzerat bekanntgemacht, daß das Streikpostenstreuen „strafrechtlich verboten“ sei und daß er demjenigen, der ihm solche Sünder nachweist, eine Belohnung von 10 Mk. auszahlen werde, wenn der Bösewicht rechtskräftig verurteilt ist. Wir haben dieses Dokument Staats'cher Gesetzeskenntnis in der Nr. 26 der „Holzarb.-Ztg.“ zu Nutz und Frommen unserer Leser abgedruckt.

Am 14. Dezember hat nun das Charlottenburger Schöffengericht die Gesetzeskenntnis des Herrn Staats nachgeprüft und ein beträchtliches Mantel festgestellt. Angeklagt waren unsere Kollegen, der Gauvorsteher Franz Stusche und der Obmann der Berliner Einseher, G. Franz. Sie hatten antzgerichtliche Strafbefehle, auf je eine Woche Gefängnis lautend, erhalten

und dagegen Einspruch erhoben. Es wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, auf einige Arbeitswillige, die auf einem gespreckten Bau in Berlin arbeiteten, eingewirkt zu haben, die Arbeit einzustellen. Dadurch sollen sie gegen den berühmten § 153 der Gewerbeordnung verstoßen haben. Neben den Arbeitswilligen war auch Herr Staats in eigener Person als Zeuge erschienen, er spielte aber keine beneidenswerte Rolle. Das Ergebnis der Beweisaufnahme war nämlich so, daß sogar der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte, welche denn auch vom Gericht ausgesprochen wurde.

Für Herrn Staats war die Verhandlung immerhin nicht ganz nutzlos. Nicht nur, daß seine Gesetzeskenntnis eine Bereicherung erfahren hat, er hat auch etliche Zeugnismarkstücke gerettet, die er im Falle der Verurteilung der Sünder auf Grund der gemachten Versprechungen seinen Helfershelfern hätte auszahlen müssen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter von G. Sonnemann (Jürgen Brand). Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Der Preis beträgt gut gebunden 2,50 Mk.

Der Verfasser ist unserer reiferen Jugend kein Fremder. Das von demselben Verfasser gleichfalls der Jugend gewidmete Buch „Lenbrook“ ist von sehr vielen Knaben und Mädchen mit Begeisterung gelesen worden. Das vorliegende Werk kann eines noch größeren Beifalls sicher sein.

Von den im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, erscheinenden „Biblische Geschichten“ gelangte soeben Heft 2 „Sintflutgeschichte“ zur Ausgabe. Jedes Heft kostet 1 Mk., Vereinsausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe, aufgenommen im Mai 1909. Herausgegeben vom Verbandsvorstand, Hamburg. Verlag von A. Tobler. Preis 2 Mk., gebunden 2,50 Mk.

Briefkasten.

* Fragesteller, die eine Auskunft von der Redaktion wünschen, können nur dann auf eine Antwort rechnen, wenn sie ihre genaue Adresse angeben.

Stettin. P. S. Einfendungen, die nicht mit dem Zahlstellenstempel versehen sind, können nicht aufgenommen werden. Ueberdies ist es nicht angebracht, den Kollegen aus ihrer Stellungnahme in der Angelegenheit einen Vorwurf zu machen.

Versammlungs-Anzeiger.

Geroldshain. Die Mitglieder-Versammlungen finden statt jeden ersten Samstag im Monat, abends 7 1/2 Uhr, bei Kollegen GdB.

Anzeigen.

Albst. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Büchsenmacher und Korbmacher befindet sich Bedarfsliste 8. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umständlich ist streng verboten. Die Heiserunterstützung wird nur im Nachweissbüreau ausbezahlt.

Köln. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Begüterweg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umständlich ist streng verboten.

Paris. Die Gewerkschaft der Holzarbeiter in Paris stellt sich veranlaßt, folgende Aufklärungen zu geben: Da immer wieder Kollegen nach hier kommen, die nicht wissen, daß jeder Tischler sein eigenes Werkzeug haben muß, um überhaupt arbeiten zu können, so komme keiner hierher, ohne dafür Vorprose getroffen zu haben.

Da ferner Paris mit Arbeitsnachweiser immer überlaufen ist, muß den reisefähigen Kollegen dringend angeraten werden, sich genügend mit Geldmitteln zu versehen, um einige Zeit aushalten zu können, um nicht durch Hunger und Elend gezwungen zu sein, als Lohnarbeiter sich gebrauchen zu lassen, wie dies leider nur zu oft der Fall ist.

Das ist um so dringender zu beachten, als auf Unterstützung seitens der Gewerkschaft nicht oder so gut wie nicht zu rechnen ist und das Leben selbst teuer ist. Jedenfalls sollte von allen nach hier kommenden Kollegen erwartet werden, daß sie sich an die der französischen Gewerkschaft der Tischler angeschlossene deutsche Sektion halten und ihre Pflicht und Ehre als gewerkschaftlich erzogene Arbeiter stets hochhalten.

Wir warnen alle Kollegen vor etwaigen in ausländischen Zeitungen erscheinenden Annoncen, in denen Möbelmacher gesucht werden.

Zur Auflage der Pariser Gewerkschaft der Tischler: Die deutsche Sektion Rue St. Bernhard No. 2, Faubourg St. Antoine, Ecke rue St. Bernhard nicht mehr; Chambre Syndicale, Passage Rauch N. 3.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollegen Eilmer, Hermannstraße 2, unten part. Umständlich ist strengstens verboten. Die Heiserunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellstraße 41, ausbezahlt. Am Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Daniel Finger, Tischler aus Sompitz, wird gesucht. Seine Adresse wollte man der Zahlstelle Köln a. Rh., Severinstraße 199, mitteilen.

Gesucht

in eine Holzwarenfabrik der Schweiz tüchtige Arbeiter für die Hausabteilung, tüchtige Schreiner

auf Kleinnmöbel und eine Anzahl Poliererinnen

für flache und runde Gegenstände. Garantiert sichere Stellen.

Holzwarenfabrik Burgdorf (Schweiz).

Ein durchaus tüchtiger jüngerer Tischler, der auf Bau und Möbel perfekt arbeiten und auch polieren kann, zum 3. Januar 1910 gesucht. Dauernde Beschäftigung. **Geiz Bode, Bau- u. Möbelfachveret** Warrth i. d. Mark.

Tüchtiger jüngerer Stuhlmacher für gute Mahaganiarbeit zu sofort gesucht. **Dürschwald, Stuhlmacher, Schwerin (Mk.)** Waisenstraße 8.

Gesucht ein tüchtiger Modelldrechsler (gelehrter Drechsler), auch an der Hobelbank arbeitend, bei hohem Lohn und dauernder Arbeit. Schriftliche Angebote mit Altersangabe. **S. Köppe, Hamburg-Steinwärder.**

Ein im Doblieren von Horn-, Galath- und Celluloidkannen erfahrener tücht. Vorarbeiter,

der den Betrieb von 7 doppelten Dobliermaschinen englischen Systems selbständig leiten kann, wird gesucht. Offerten unter N. E. 3218 an Rudolf Woffe, Nürnberg.

Gummidrechsler,

tüchtige finden sofort dauernde Stellung. **J. Geldner & Co., Leipzig-Plagwitz, Kröbelstr. 11.**

Tüchtige

Gummidrechsler auf Füllfederhalter geübt, für dauernde lohnende Arbeit gesucht, **Siebert & Löwen, Eberfeld.**

10 Korbmacher

werden sofort eingestellt von **Calm & Ahlfeld in Dornburg.**

Per sofort ein **Korbwarengeselle** gesucht. **Korbwarenhans S. M. Jacob, Dortmund, Ostenhellweg 7-9.**

Einen **Reißschneider**, der auch Schweißen kann, stellen sofort ein für dauernd **Pille & Co., Holzspannenfabrik, Dahme i. Mark.**

Ein tüchtiger **Korbschneider** gesucht, der sortieren kann und die Lagerarbeiten mit befordert. Anerbieten an **Herrn Jof. Schmitz, Köln, Matzmilch 2.**

Fachblatt für Holzarbeiter

Kunstgewerbliche Fachzeitschrift Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband

Der Jahrgang 1909 liegt nunmehr abgeschlossen vor. Er enthält auf 284 Seiten und 24 Kunstbeilagen über 400 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten. Ferner textliche Beiträge der hervorragenden kunstgewerblichen Schriftsteller. Der Jahrgang 1909 kostet in geschmackvollem Originalband gebunden 5,50 Mk., ungebunden 4 Mk. Von den Jahrgängen 1907 und 1908 sind noch einige Exemplare vorrätig, die zum Preise von 5,50 Mk. für das gebundene bzw. 4 Mk. für das ungebundene Exemplar abgegeben werden. Einbanddecken für die Jahrgänge 1907, 1908 und 1909 werden mit je 1 Mk. das Stück berechnet. Das Fachblatt erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 1 Mk. frei ins Haus. Bestellungen nehmen alle Ortsverwaltungen entgegen sowie die

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes G. m. b. H. Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2

B. Kollmer's Fachschule für Tischler

und für gewerbliches Zeichnen

Exter-Strasse zu Detmold Ecke Grabenstr. 3- und 6-monatlicher Kursus mit Tages- und Abendunterricht. In 3 Monaten Ausbildung zum Meister und Vorbereitung für die Meisterprüfung. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Wohnungsbewilligung. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. **B. Kollmer.**

Achtung Tischler! Das beste Korkholz zu Schleifflöze kauft man bei **Franz Gerke** in Hamburg, St. Bäderstr. 5.

Hören Sie? Sofort bitte mir Ihre Zeit ganz neu erdichtene Preisliste mit vielen neuen Patenten, amerikanischer Tischlerwerkzeuge gratis und franco zu senden. **Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstr. 31.** Spezialgeschäft amerik. und englischer Werkzeuge, Abziehsteine usw.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A. 28. Ausbild. z. Werkführer, Tech. u. Zeichner in kürzester Zeit (Honorar mässig). Einzelunterricht. Eintritt jeden 1. und 15. **M. Gemperlein, Stollstr. 20.**

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Befendlindehof 70.

Tischler-Fachschule Blankenburg am Harz. 1 bis 12 monatliche Kurse zur Ausbildung als Werkführer, Techniker und Zeichner, umfassend praktische Unterweisung. **Blankenburg, Harz.**

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** (Lackstopfpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,** erzielt **edlen, unverschlerten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelaustritt, Rissigwerden der Politurecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.**

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zugulieren der Poren sprittlösliches Porenpulver (Lackstopfpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

- Ich versende zum Versuch** ein Körbchen enthaltend
- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
 - 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
 - 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren
 - 1 " allerfeinsten Politur-Glanzack; blond, zum Ausziehen von Kelleisten usw.
 - 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack; blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
 - 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich
 - 1 Dose Porenfüllpulver, feinst Marke "Horn"
 - 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"
 - 1 " Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
 - 1 Tüte Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
 - 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattpoliersprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie. Eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Otto Kar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattpoliererei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.